



Erscheint
an allen Werktagen.

Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Nr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zl. bei den Ausgabestellen 5.25 zl. durch Zeitungshoten 5.50 zl.
durch die Post 5.— zl. ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühr.

Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild.“

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Pettitzelle (38 mm breit) 45 Gr.
Anzeigenteil 15 Groschen.
Anzeigenteil 150 mm breit) 135 gr.
Sonderplatz 50% mehr. Pettitzelle (90 mm breit) 135 gr.
Auslandserate: 100% Aufschlag.

Der Kluge
trinkt
Kaffreiners
Malzkaffee!

Das Unrecht gegen die Deutschen.

Krede des Abg. Kronig zum Gesetzentwurf über die Änderung und Ergänzung der Konstitution vom 17. März 1921. (Sejmssitzung vom 16. Juli 1926.)

Hohes Haus! Wir stehen heute vor einer sehr schwerwiegenden Angelegenheit. Der Sejm soll über die Änderung des Grundgesetzes des Staates entscheiden. Daß es möglich wurde, daß die Angelegenheit der Änderung unserer Verfassung auf der Tagesordnung unserer Beratung steht, ist in engstem Zusammenhang mit den politischen Ereignissen der letzten Monate eine der Folgen des Mainmärsches in Polen. Dieser Umsturz wurde unter der Lösung der moralischen Wiedergeburt des Landes unternommen. (Stimmen: Die Lösung kam erst später!) Der Urheber des Umsturzes selbst, Marschall Piłsudski, bezeichnete als Ursache des Umsturzes den Umstand, daß es im polnischen Staate zu viel Unrecht gebe und daß ein Staat, in dem soviel Unrecht herrscht, untergehen müßt. Auch die Regierung, die nach dem Umsturz eingesetzt wurde, hat die moralische Wiedergeburt des Landes an ihrer Lösung gemacht.

All diese Neuordnungen ließen uns glauben, daß eine neue Ära angebrochen sei, daß von nun an das unzugehörige Unrecht beseitigt werden wird. Die Regierung hatte die Möglichkeit, viel Gutes für das Land zu tun. Sie konnte das Unrecht beseitigen, das an uns seit Beginn des Bestehens der Republik geübt wurde. Dies konnte die Regierung tun, ohne zur Änderung der Verfassung ihre Zuflucht zu nehmen. In dieser Beziehung ist jedoch nichts getan worden.

Die Verfassung vom 17. März ist nicht unser Ideal. Ihre Einseitigkeit tritt schon in der Einleitung zutage. In dieser Einleitung ist nur vom polnischen Volk die Rede, nicht aber von den Völkern Polens, die doch gemeinsame Werte dieses Staates sein sollen. Trotzdem aber muß diese Verfassung ihrem gesamten Inhalt nach als demokratisch bezeichnet werden. Nicht der Inhalt der Verfassung ist ihr Fehler, sondern der Fehler liegt darin, daß

die Verfassung nicht verwirklicht

wird. Wie sieht denn die Verwirklichung der Verfassung im Lichte der Erfahrungen aus? Die Vorschriften der Verfassung sollen die oberste Richtschnur bilden für die Tätigkeit der Regierung, sowie alle Verwaltungsorgane des Staates. Bei uns ist dies nicht der Fall. Jeder Beamte ist Selbstherrscher in seinem Bereich und erlaubt es sich, ohne Struktur die Verfassung zu vergewaltigen und deren Vorschriften mit Füßen zu treten. Derartige Fälle sind seit den fünf Jahren des Bestehens der Verfassung bei uns an der Tagesordnung.

Wie sieht es mit der persönlichen Freiheit der Staatsbürger in Polen aus? Die Vorschriften der Verfassung sollen die oberste Richtschnur bilden für die Tätigkeit der Regierung, sowie alle Verwaltungsorgane des Staates. Bei uns ist dies nicht der Fall. Jeder Beamte ist Selbstherrscher in seinem Bereich und erlaubt es sich, ohne Struktur die Verfassung zu vergewaltigen und deren Vorschriften mit Füßen zu treten. Derartige Fälle sind seit den fünf Jahren des Bestehens der Verfassung bei uns an der Tagesordnung.

Wie sieht es mit der persönlichen Freiheit der Staatsbürger in Polen aus? Wie wird sie entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung von den Organen der Polizei und der Verwaltung mit Füßen getreten? Das gleiche gilt von dem Artikel 102 der Verfassung, der da besagt, daß jeder Staatsbürger das Recht zur Fürsorge von Seiten des Staates hat, daß er durch soziale Versicherungen vor Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alters und Arbeitsunfähigkeit geschützt wird. Die Wirklichkeit sieht so ganz anders aus. Und wo bleibt schließlich die Verwirklichung des Art. 109 der Verfassung? Laut welchem jedem Staatsbürger das Recht der Erhaltung seines Vollstums und der Pflege seiner Sprach und der völkischen Eigenheiten zugesichert wird? Wo bleiben die autonomen Minderheitenverbände die öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Schaffung in demselben Artikel vorgesehen ist. Alles dies ist totter Bruststabe geblieben.

Die deutsche Schule.

Aber abgesehen von diesen Angelegenheiten, die durch besondere Gesetze geregelt werden müssen, will ich andere Fragen berühren, die die Regierung durch ihre eigene Entscheidung erledigen kann. Die uns garantierte Möglichkeit zur kulturellen Entwicklung ist in erster Linie von unserem Schulwesen abhängig. Gerade aber auf diesem Gebiete wurde uns von den meisten Regierungen das größte Unrecht zugefügt. Insbesondere will ich an die vererbliche Tätigkeit des ehemaligen Unterrichtsministers Grabiskis erinnern, der unser Schulwesen geradezu systematisch schikaniert hat. Die heutige Regierung, die das Unrecht im Staate beseitigen wollte, hätte durch einen Voderstrich, durch einfache Verordnungen, ohne jede Änderung der Verfassung, diesem System nicht getan.

Anstatt dessen verlangt die Regierung von uns die Änderung der Märzverfassung. Durch Artikel 125 der Verfassung ist dem nächsten Sejm das Recht vorbehalten worden, die Revision der Verfassung durch eigenen Beschluß durchzuführen. Anstatt nun die Auflösung dieses Sejms zu veranlassen, um einem neu zuwählenden Parlament die eigentliche Aufgabe zuzuweisen, schreitet die Regierung schon jetzt zur Änderung der Verfassung. Die Regierung selbst hat die Autorität dieses Sejms in den Augen der Öffentlichkeit heruntergezerrt. Ist es nicht paradox, wenn die Regierung von demselben Sejm in den letzten Monaten seiner Existenz solch bedeutsame Entschlüsse fordert, wie die Änderung des Staatsgrundgesetzes, und das Schlimmste dabei ist aber, daß die Regierung durch ihr Vorgehen

der polnischen Reaktion den Weg gebahnt

hat. Die Regierung hat das Pförtchen geöffnet, hinter ihr drängen alle vier Rechtsparteien in geschlossener Reihe zur Attacke gegen die Konstitution vor.

Sie werde mich nicht bei all den reaktionären Absichten aufhalten, die in den Entwürfen der Rechtsparteien zum Ausdruck gekommen sind. Ich muß jedoch zu denjenigen Aenderungsversuchen Stellung nehmen, die von der Mehrheit des Verfassungsausschusses beschlossen wurden.

An erster Stelle steht die Änderung des fünfgliedrigen Wahlsystems. Das Verhältnismahlrecht soll abgeschafft werden. Meine Herren, es muß hier offen gesagt werden, daß diese Änderung in erster Linie gegen die nationalen Minderheiten dieses Staates gerichtet ist. Wo bleibt die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, wenn man den Minderheiten, insbesondere

den im Lande zerstreut wohnenden Deutschen und Juden, durch Abschaffung des Verhältnismahlrechts die Möglichkeit nimmt, im Parlament vertreten zu sein? Die Minderheiten werden dadurch auf jedem Einfluß auf die Politik des Staates ausgeschaltet und werden der Tribune beraubt, wo sie ihre gerechten Forderungen laut werden lassen können. Dies bedeutet Aufhebung der politischen Gleichberechtigung und wider-

Die Wahlgeometrie.

Noch eine scheinbar geringfügige Sache. Im Art. 36 soll der Sejm gerichten werden, wonach jede Wojewodschaft einen Wahlbezirk für die Senatswahlen bildet. Wir wissen, worum es hier geht. Sie wollen Ihre berüchtigte Wahlgeometrie anwenden, um an Stelle dieser natürlichen Wahlbezirke willkürliche Wahlbezirke herauszuschneiden, wiederum zum Schaden der Minderheiten. Eine solche Änderung erfordert die Änderung der Wahlordnung. Es ist uns ja bekannt, daß die Änderung der Wahlordnung von rechter Seite mit aller Macht angestrebt wird. Auf diese fäulstliche Weise soll eine Mehrheit geschaffen werden. Meine Herren, Sie wollen die Tatsache nicht sehen, daß Polen ein Nationalstaat ist. (Grußwort: Nationalstaat!) Nationalitätenstaat, denn wenn im Staate 40 Prozent anderer Nationalitäten wohnen, so kann nur ein Blinder von einem Nationalstaat reden. Durch Änderung der Wahlordnung wollen Sie auf fäulstliche Weise aus einem Nationalitätenstaat einen Nationalstaat machen. Dies aber wird nicht gelingen. Sie können die Wahlordnung ändern, wie Sie wollen, jedoch die Existenz des deutschen, jüdischen, weißrussischen und ukrainischen Volkes werden Sie dadurch nicht aus der Welt schaffen. Der einzige richtige Standpunkt ist der, daß diese Völker genauso als Werte dieses Staates zu betrachten sind, wie die Polen. (Stimme auf der Rechten: Sagen Sie das an die Adresse Berlins.) An die Adresse Berlins habe ich nichts zu sagen. Dort sind polnische Abgeordnete, die für die Gleichberechtigung der Polen in Deutschland eintreten. Für diesen Kampf um die Gleichberechtigung der Polen in Deutschland habe ich die größte Sympathie. (Großer Lärm auf der Rechten.) Sie können das nicht verstehen, weil Ihnen der Nationalismus das Gehirn verbunkert. (Stimmen auf der Rechten: Ist Raumann ein Nationalist oder nicht?) Fragen Sie ihn.

Ich will jetzt zu den von der Regierung beantragten Änderungen Stellung nehmen. Diese Änderungen tragen zum Teil einen ganz anderen Charakter, als die Änderungen der Rechten, insfern sie die Verbesserung der Technik der staatlichen Einrichtungen zum Ziele haben. Jedoch nicht alle Verbesserungen der Regierung sind von dieser Art. Manche von ihnen zielen gleichfalls in die Demokratie und den Parlamentarismus. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dem Präsidenten der Republik das Recht zur Auflösung des Parlaments gewährt werden muß mit der Einschränkung, daß diese nur einmal aus demselben Grunde erfolgen darf. In der Fassung des Kommissionsentwurfes ist jedoch dem Senat gleichfalls das Recht der Auflösung des Sejms zuerkannt worden. Diese Gleichberechtigung von Sejm und Senat können wir nicht billigen. In der Frage der

Einschränkung der Budgetberatungen

sind wir der Ansicht, daß diese Angelegenheit durch eine Verschärfung des Reglements geregelt werden könnte. Eine Beschränkung des Termins auf 5 Monate könnte zur Folge haben, daß die Regierung die Beschilderung des Budgets sabotiert, um ihren Entwurf zum Gesetz zu erheben.

Das Vetorecht des Präsidenten ist zwar durch den Kommissionsentwurf nur auf einen Fall beschränkt worden. Dennoch aber halten wir dies für einen unnötigen Eingriff der ausführenden Gewalt in die Rechte der gesetzgebenden Gewalt.

Ein uneingeschränktes Recht zur Erlassung von Dekreten mit Gesetzeskraft können wir dem Präsidenten nicht gewähren. Wir sind daher für die Fassung des Dr. Schreiber, der in einer allgemeinen Bestimmung die Gemäßhrung dieses Rechts durch besonderes Gesetz vorsieht.

Zusammenfassend wiederhole ich, daß wir gegen alle diejenigen Änderungen der Verfassung stimmen werden, die gegen die Gleichberechtigung der Staatsbürger, gegen Demokratie und Parlamentarismus gerichtet sind. Änderungen, die wir als notwendig erachten, wie z. B. das Recht der Auflösung des Parlaments, sowie Änderungen, die eine Verbesserung in technischer Hinsicht bedeuten, werden wir unterstützen. Wenn jedoch die Mehrheit des Sejm die reaktionären Änderungen billigen wird, dann werden wir gezwungen sein, gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

Noch eine andere Sache ist hier von Wichtigkeit. Im Jahre 1919 wurde zwischen Polen und den verbündeten Mächten der sogenannte Minderheitenvertrag geschlossen. Im Art. 7 dieses Vertrages heißt es: „Alle polnischen Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität, Sprache und Religion sind gleich vor dem Recht und genießen dieselben bürgerlichen und politischen Rechte.“ Der Art. 1 derselben Vertrages aber besagt: „Polen verpflichtet sich, daß die in den Art. 2 bis 8 enthaltenen Bestimmungen als Grundrechte anerkannt werden und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Tätigkeit zu diesen Bestimmungen im Widerspruch stehen darf.“ Die Abschaffung des Verhältnismahlrechts aber steht nicht nur im Widerspruch zum Geiste der Verfassung, sondern steht auch im krassen Widerspruch zu den oben angeführten Bestimmungen des Minderheitenvertrages. Sie dürfen daher diese Änderung nicht beschließen.

Wenn Sie, m. H., trotzdem diese Bestimmung der Verfassung ändern, werden wir gezwungen sein, ein anderes Forum für unsere Beschwerden und Forderungen zu suchen.

Der Marschall unterbricht durch Läuten: „Ich glaube, Herr Abgeordneter, man müßte vor dieser Kammer so viel Achtung haben, um wenigstens anzunehmen, daß sie die Rechte verteidigen wird, die jemand gehörte, nicht aber an irgend einem anderen Forum.“

Herr Marschall, ich habe noch nicht appelliert. Ich will annehmen, daß sich in diesem Hause keine Mehrheit für die

Verwirklichung dieser reaktionären Pläne findet.

Die zweite Angelegenheit betrifft die Erhöhung des Wahlalters.

Diese Änderung richtet sich in erster Linie gegen die Arbeiter. Die wirtschaftlichen Daseinsbedingungen der Arbeiterschaft sowie der niedrige Stand der Hygiene in deren Leben bringen es mit sich, daß der Arbeiter durchschnittlich nur 30 bis 40 Jahre lebt. Von dieser kurzen Lebensdauer will man dem Arbeiter nun noch drei Jahre seines staatsbürglerischen Lebens wegnnehmen. Es muß außerdem in Betracht gezogen werden, daß der Arbeiter und Bauer mit 21 Jahren größtenteils schon Familienoberhaupt ist. Endlich wird doch auch von den 18-jährigen der Heeresdienst verlangt, also das größte Opfer, das es gibt. Aus dem Grunde darf man ihnen das Wahlrecht nicht verweigern. Auch das passive Wahlrecht soll von 25 auf 30 Jahre erhöht werden. (Stimme: Wie alt sind Sie?) Dieser Witz ist Ihnen nicht gelungen, Herr Kollege, ich bin schon über 30 hinaus. Ich glaube, diese Angelegenheit sollte man am besten den Wählern und den Parteien überlassen. Die Wähler werden selbst wissen, wer die politische Reife besitzt. Zur Begründung meiner Ansicht möchte ich noch eins anführen. In diesem Sejm befindet sich eine Anzahl jüngerer Abgeordneter, die bewiesen haben, daß sie ihre Pflichten als Abgeordnete ernst und gewissenhaft erfüllen. Hingegen gibt es eine Anzahl Abgeordneter, die wohl alt an Jahren sind, jedoch ihre Pflichten in diesem Sejm nur durch Brüderlein und Värmiszen nachgewiesen haben. (Großer Lärm rechts.) Ja, m. H., diese Abgeordneten sitzen auf Eurer Seite. (Lärm.)

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist noch die zu Art. 21 beantragte Änderung, die die Unantastbarkeit der Abgeordneten betrifft. Das, was die reaktionären Parteien hier machen wollen, ist geradezu eine Knebelung der Abgeordneten. Nicht weiß, daß die Minderheiten durch Abschaffung des Verhältnismahlrechts und durch die Änderung der Wahlordnung jedes Einflusses beraubt werden sollen; das ist Euch noch zu wenig, weil Ihr glaubt, daß trotz aller Beschränkungen dennoch einige Abgeordnete der Minderheit im Sejm sitzen werden. Auch diese wollt Ihr noch entfernen. Als Mittel dazu soll die Auslieferung der Abgeordneten an die Gerichte und deren Verhaftung dienen. Aus diesem Grunde wollt Ihr die Unantastbarkeit der Abgeordneten aufheben; denn das, was die Mehrheit der Kommission uns vorschlägt, kommt einer Aufhebung der Unantastbarkeit fast gleich. Durch die beantragten Änderungen wird es möglich, den Abgeordneten sogar für jedes politische Vergehen zu verhaften. Wer wird aber darüber entscheiden, was ein politisches Vergehen ist? Selbstverständlich der in Polen allmächtige Polizist. Auf diese Weise kann ein Abgeordneter sogar während einer Rede in einer Versammlung verhaftet werden.

Ist das noch Unantastbarkeit?

Die Praxis in unserem Sejm hat uns gezeigt, wie die Auslieferung der Abgeordneten gehandhabt wird. (Abg. Biatorowski: „Kein einziger Abgeordneter wurde ausgeliefert.“) Es sind viele Abgeordnete ausgeliefert worden, hauptsächlich von den nationalen Minderheiten. Meist waren es ganz geringfügige Ursachen, denn es handelt sich ja nur um eine Schikane. Ich erinnere Sie daran, daß der Präsident unseres Klubs, Abg. Raumann, einer ganz wichtigen Sache wegen ausgeliefert wurde, so daß sogar das Gericht keinen Grund fand, gegen ihn einzuschreiten. Aber Ihr, meine Herren von der Rechten, wolltet es unter Leitung Eures Spezialisten für Auslieferungen, des Abg. Marweg. Diese Auslieferung wird

ein Schandfleck für diesen Sejm

bleiben. Angesichts dieser Praxis müßte der Artikel 21 eher in erweiterndem Sinne geändert werden, als in einschränkendem,

Vom Sejm.

In der Sonnabendssitzung des Sejms wurde die Debatte über die Verfassungsänderungen fortgesetzt. Der Abgeordnete Przybicki von der Südlichen Volkspartei erklärte, daß er gegen die Änderungen stimmen werde. Der Abg. Ilkow (Mirainer) bedauerte es, daß die gegenwärtige Regierung nicht das nötige Verständnis für die ukrainische Frage gezeigt habe. Der Abg. Gawlikowski von der Pastorenpartei äußerte die Überzeugung, daß die Einführung der einmandatigen Bezirke auf die Zusammensetzung des Sejms und die Verantwortung der Abgeordneten sehr viel einbringen werde. Eine ähnliche Wirkung werde die Einschränkung der Sejmrechte auf einige Monate im Jahre haben. Selbstverständlich dürften die gegenwärtigen Vorschriften über die Unantastbarkeit außerhalb der Session nicht angenommen werden. Nach einer längeren Rede des Justizministers Matlowksi (siehe auch unseren heutigen Leitartikel, Red. Pos. Tagebl.) sprach der Abg. Sanajewa von der Bauernpartei. Er warnte davor, die vollziehende Gewalt mit weitreichenden Berechtigungen auszustatten, da ihre Schneide sich gegen diejenigen richten könnte, die eine starke Gewalt wünschen. Seine Partei möchte ihre Stellungnahme gegenüber den verlangten Vollmachten von dem für Montag angekündigten Exposé des Premiers abhängig. Der Abg. Sochacki (Kommunist) nannte das Gesetz reaktionär. Es sprachen dann noch Geistlicher Okon (radikale Bauernpartei), Abg. Tarasiewicz (Weißrussen) und Chomiński (Arbeitsklub). Der Geistliche Okon sagte u. a., daß die Behauptung von der Allgewalt des Sejms eine Legende sei, da der Sejm bisher nur ein Scheinpunkt gewesen wäre. Die Kammer ging dann zur Diskussion der einzelnen Artikel über. Längere Zeit hielt man sich bei den Artikeln 2 und 5 auf. Die Abstimmung wird heute, am Montag, stattfinden. In dieser Sitzung wird der Sejm auch in die Diskussion über die Vollmachten vorläufig eintreten.

Schließung der Warschauer Hochschulen?

Dem „Przegl. Poranny“ wird aus Warschau gemeldet: „Warschau ist von einem schweren Schlag getroffen worden. Es droht die Schließung der Universität und des Polytechnikums. Der Senat der Warschauer Universität hat bereits beschlossen, die Einschreibungen für das nächste Schuljahr einzuhalten. Ursache ist der Mangel an Geld zur Bezahlung von Schulen im Elektrizitätswerk und in der Gasanstalt, sowie die starke Bevölkerung des Budgets dieser Lehranstalt für das nächste Jahr. Vom Polytechnikum hört man, daß das Elektrizitätswerk den Strom gesperrt hat, weil das Polytechnikum ihm 59 000 Zloty schuldet. Solch geringfügige Ursachen bewirken die Möglichkeit der Schließung von zwei der höchsten Lehranstalten in Polen, wo ungefähr 15 000 Studenten lernen.“

Dichtung und Wahrheit.

Warum die sinnlose Heze.

"Was einem ruhigen polnischen Staatsbürger auf einer Reise durch Deutschland passieren kann", schilderte der "Kurier Poznański" in einem beweglichen Artikel in seiner Nr. 250 vom 2. Juni 1926.

Der aus Lódz stammende Arbeiter Kazimir Cieslakiewicz gat nach der Schilderung des "Kurier Poznański" auf der Rückreise von Frankreich nach Polen nur das Nach, im Zug jemand auf den Fuß zu treten, wodurch er nicht nur von dem Betreffenden, sondern auch von der Polizei tatsächlich bedroht und sofort verhaftet sein soll. Im Gefängnis Bitburg soll Kazimir Cieslakiewicz, wie dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden, 14 Tage lang festgehalten worden sein. Bei seiner Entlassung hat man ihm, wie er das dem "Kurier Poznański" anscheinend selbst geschildert hat, nicht einmal den Grund seiner Verhaftung bekanntgegeben. Der "Kurier Poznański" verbündet diese Schauermauer mit einer Warnung an das harmlose polnische Publikum, in Deutschland zu reisen.

Wie sieht nun die Angelegenheit in Wirklichkeit aus?

Nichtig an der Schilderung des "Kurier Poznański" ist nur, daß Cieslakiewicz tatsächlich im Eisenbahngüterzug auf der Reise von Trier nach Erkelenz verhaftet und später an das Gerichtsgefängnis Bitburg eingeliefert wurde. Der Grund der Verhaftung aber war ein ganz gewöhnlicher, nämlich Cieslakiewicz hatte versucht, die Bahn ohne Benutzung einer Fahrkarte sich dienstbar zu machen und als blinder Passagier von Frankreich, wo er anscheinend gearbeitet hat, nach Polen zu gelangen. Er wurde unterwegs von der Fahrkartenkontrolle angehalten, und da er die Fahrkarte nicht bezahlen konnte, dem nächsten Polizeivorsten überliefert, der ihn in das Gerichtsgefängnis Bitburg abschaffte. Dort wurde er wegen versuchten Betruges nach § 262 des Strafgesetzbuches, das auch in den früher preußischen Landesteilen Polens noch gilt, zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt, die als durch die Untersuchungsbehörde verhängt angesehen wurde. Auf freien Fuß gesetzt, war er genau so mittelloos wie vor seiner Verhaftung. Der Gefängnisverein Bitburg nahm sich daher seiner an und übergab ihm als "milde Gabe" 4,90 Mark, damit er wenigstens bis zum nächsten polnischen Konsulat weiterreisen könne. Diese milde Gabe hat Cieslakiewicz dann nach Rückkehr hierher damit quittiert, daß er Schäermärzen über seine Erlebnisse in Deutschland verbreitet hat.

Es handelt sich bei den Feststellungen des "Kurier Poznański" um nichts weiter, als um die ungeprüften Behauptungen eines Schwärmers, der bereits in Deutschland wegen Betruges verhaftet worden ist.

Es dürfte doch wirklich an der Zeit sein, daß auch polnische Zeitungen, insbesondere ein Blatt von dem Umfang des "Kurier Poznański", nicht jede ihm zugetragene Schäermärze zur Heze gegen Deutschland und das Deutschtum verwendet, sondern vor Veröffentlichung für eine Nachprüfung der ihm gemachten Angaben sorgt.

Wozu der Westmarkenverein die Deutschen braucht.

Non olet — Es stinkt nicht.

Unter dieser Überschrift schreibt der in Cieszyn erscheinende Deutsche Grenzboten für Polnisch-Schlesien: Diesen alten Erfahrungssachen seien wir bestätigt in Mitteilungen, die in den letzten Tagen in unserer heutigen polnischen Volkszeitung erschienen sind. Es wird berichtet, daß auf Anregung des Westmarkenvereins eine Aktion unternommen wurde, um armen polnischen Kindern Gelegenheit zur Erholung in Sommerferien zu bieten. Gegen diesen schönen Gedanken können und dürfen wir nichts entwenden, aber der eine Umstand ist uns verwunderlich, daß dieser Verein, der die Deutschen gar so liebt, auf diesen Zweck auch bei Deutschen Geld sammelt. Aus der Sammlung ist zu erkennen, daß auch einige Schweizer, die in der Öffentlichkeit als Deutsche auftreten, für diesen Verein Geld gegeben haben. Für solche Zwecke sind die verfluchten Deutschen gut zu gebrauchen. Da stinkt das Geld nicht.

Wie General Dupont sich von Piłsudski verabschiedete,

lautete die Überschrift eines kurzen Artikels, den die "Gazeta Powiatowa" aus Warschau bringt: "Piłsudski hält die Herrschaft Warschaus in den Tagen des 12.—14. Mai d. J. für eine seiner glänzendsten militärischen Taten und hat sogar dem Generalstab die Bearbeitung einer speziellen militärischen Studie in dieser Angelegenheit befohlen. Der von dieser Großtat übermäßig gewordene Piłsudski hat sich an den vor einigen Tagen ihm einen Abschiedsbesuch machenden, aus Warschau abreisenden Chef der französischen militärischen Mission General Dupont, mit der Anfrage gewendet, ob der General die militärische Seite der historischen Eroberung von

Warschau studiert hätte. Der General Dupont antwortete: "Es gibt Dinge, die man nicht studiert. Der Student der Medizin läßt sich in der Anatomie an einer Leiche, aber niemals an der Leiche der eigenen Mutter." Nachdem endete die Visite."

Republik Polen.

Sitzung der Zollkommission.

Dem "Kurier Poznański" wird aus Warschau gemeldet: Die Vertreter der Kohlenindustrie sind auf Verhandlungen mit der Regierung über die Aufhebung von 10 Prozent der letzten Kohlenerhöhung eingegangen. — Wie wir erfahren, sind die Umsatzsteuerraten für das Jahr 1926 auf 6 Jahre vereinbart worden. Die nicht eingetreteten Rücksände werden auf Grund von Listen, die von Kaufmannsorganisationen vorgelegt worden sind, gestrichen. In nächster Zeit soll eine Revision der Zusammensetzung der Schätzungscommission eintreten.

Am Sonnabend fand eine Sitzung des Zollkomitees in der Frage der Valorisierung der Zollgebühren statt. Die Vertreter der Metall- und Textilindustrie erklärten sich für die Valorisierung. In demselben Sinne äußerten sich auch die Vertreter der Konfektionsindustrie. Die Vertreter der Papierindustrie und der Kaufmannschaft erklärten sich gegen die Valorisierung. Mit 17 gegen 10 Stimmen wurde beschlossen, den Regierungsentwurf über die Valorisation der Zölle zurückzulegen.

Die Summe der Staatseinkünfte betrug im vergangenen Monat mehr als 180 Millionen złoty. Damit sind im ersten Halbjahr 52 Prozent der für das gesamte Haushaltsjahr vorgesehenen Einnahmen eingekommen. Die Staatsausgaben haben im Laufe des verflossenen Halbjahrs die vom Provisorium bestimmte Höchstgrenze nicht überschritten.

Eine Dollarbank.

Dem "Przegląd Poranny" wird aus Warschau gemeldet: Der Rat der Bank Polski hat in seiner letzten Sitzung das Projekt der Schaffung einer Dollarbank in Warschau erörtert und genehmigt. Der Plan der Gründung stützt sich auf das deutsche Muster der Gold-Diskontobank bei der Reichsbank. Die Aufgabe der Bank wird darin bestehen, Einlagen in Dollars anzunehmen, die in derselben Valuta wieder ausgezahlt werden. Die Dollarbank wäre eine besondere Reichtumsquelle, die von der Regierung unabhängig sein würde. Wie wir erfahren, hat Direktor Mlynarski bereits einen ausführlichen Entwurf der Regierung vorgelegt. Die Regierung steht der Gründung einer solchen Bank sehr wohlwollend gegenüber. Die Verwirklichung des Gründungsplanes ist aber von einer Aenderung der polnischen Reichsbanksatzungen abhängig.

Deutschland und Polen.

Heute, am Montag, soll in Berlin die zweite und entscheidende Sitzung der Zollarbeitsposten in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen beginnen. Für den 20. und 21. Juli ist eine Diskussion über die Fragen des Ein- und Ausfuhrverbots und des Niederlassungsrechts vorgesehen. Es wird damit gerechnet, daß es im Laufe eines Vierteljahrabs zu einer endgültigen Verständigung gekommen sein wird.

Neuer Kurs?

Eine Meldung des "Kurier Poznański" lautet: Wir erfahren, daß für den Fall der Übernahme des Generalinspektorats durch Piłsudski die Obersten Anders, Paszkiewicz, Stasiewicz und Wieniawa-Długoszowski zu Offizieren für befürdete Aufträge ernannt würden. General Kukiel soll zum Kommandeur der Hauptmilitärschule ernannt werden, während General Sikorski einer der vier Armeespektäkte werden soll, die ihren Sitz in Warschau hätten.

Die Filmsterne in Warschau.

Im "Kurier Poznański" lesen wir: Eine Sensation weckte die Ankunft der Filmstars Mary Pickford und Douglas Fairbanks in Warschau. Sie fanden in einem Salonwagen, dessen Miete 1500 Dollar gefordert hat. Die Ankunft der Schauspieler hatte ganz Warschau elektrisiert. Menschenmengen haben auf ihr Eintreffen gewartet. Mary Pickford erhielt beim Aussteigen eine Fülle von Blumen. In den Mittagsstunden empfing sie einige Journalisten, denen sie ihr Bild mit eigenhändiger Unterschrift zum Geschenk machte. Von Warschau aus begeben sich die Gäste nach Moskau, um die dortigen Verhältnisse zu prüfen und event. ein eigenes Filmunternehmen für Europa zu gründen. Durch Polen werden sie von Herrn Jagodziński begleitet, dem Direktor des "Eesti-Film", der sie davon abbringen will, ein Unternehmen in Moskau ins Leben zu rufen, indem er für diesen Zweck Warschau vorschlägt.

Auf der Abonnementensuche.

In der "Gazeta Olsztyńska" in Allenstein finden wir folgende Reklame: 1. "Ein Viertel Jahr . . . drei lange Monate Gefängnis . . . Und Du Bruder kannst Dich nicht entschließen, nur einen Monat der "Gazeta Olsztyńska" im voraus zu bezahlen? Erfüll Deine Pflicht!" und 2. "Die drei Monate Gefängnis, die unser Redakteur bekommen hat, ver-

angeschlagenen Glocke ertönen ließ, — war es der verzweifelte Gedanke, daß nach dem Ausspruch der Ärzte wirklich nicht mehr viel Hoffnung für Evert Reymanns Leben bestand —

Frau Paleske winkte dem Doktor.

Als sie das Krankenzimmer betrat, verließ ein Mann, der am Bett gesessen hatte, den Raum.

Beneke und er grüßten sich ohne Überraschung.

Der Mann war Andruschky.

Frau Paleske blieb an der Tür zurück und nahm hinter einem Wandschirm Platz, so daß der Kranke sie nicht sehen konnte.

Sie winkte Beneke mit zitternder Hand, daß er sich an das Bett begeben sollte.

Der Kranke lag mit festgeschlossenen Augen. Seine Wangen und Lippen waren vom Fieber dunkel gerötet.

Beneke setzte sich leise auf den von Andruschky verlassenen Stuhl.

Als Evert sich rührte, strich er leise und sanft über die fiebereheite Stirn.

Die Hand war kühl.

Der Kranke murmelte:

"Das tut gut. Bist Du's, Mutti?"

"Ihre Mutter kommt gleich. Ich bin hier, weil ich Ihnen helfen will und Sie wieder gesund machen möchte."

"Ich werde wohl nicht mehr gesund werden —"

"Sie werden wieder gesund werden, wenn Ihre große Sorge um die Zukunft Ihrer Frau Mutter von Ihnen genommen wird. Ich kann die Sorge von Ihnen nehmen."

"Wie?" Evert öffnete jetzt erst die Augen.

"Hören Sie ganz ruhig zu, Evert Reymann. Sie sind zu müde, um lange zu hören zu können. Deshalb prägen Sie sich ganz kurz ein: Es liegt gar kein Zweifel vor, daß Ihre Frau Mutter in ganz kurzer Frist, ohne jede Schwierigkeit die Freiheit erhalten wird, nach der sie verlangt."

Er hatte seltsam prägnant und langsam gesprochen.

Der Kranke tastete nach des anderen Hand, die auf der Bettdecke lag. Er umschloß sie.

pflichten zu einer Antwort, in der Form, daß jeder die "Gazeta Olsztyńska" abonniert. Denkt daran, daß vom 15. an alle Postanstalten die Zahlungen entgegennehmen", und 3. "Drei Monate Gefängnis . . . Antwort daran auf Beistell die "Gazeta Olsztyńska" usw." — Wahrlich, es ist sehr wirkungsvoll so eine Gefängnisstrafe. Was müßten aus diesem Beispiel die Deutschen in Polen für eine Lehre ziehen?

Ein französischer Gelehrter über das Recht der Völker gegenüber den Staaten.

Der französische Professor Aulard stellt im "Quotidien" vom 20. Juni folgende beachtenswerte Leitsätze auf: "Das nationale Recht ist heute noch beherrscht vom Dogma der Souveränität der Staaten.

Der Nationalstaat, der sich noch ganz souverän fühlt, bedeutet einen Zustand internationaler Wildheit, wie es auch die Wildheit des Individuums bedeutet würde, sich so aufzuführen, wie wenn man allein da wäre.

Es ist Aufgabe eines jeden Bürgers auf der ganzen Welt, eine Bresche zu legen in dieses Dogma.

Es ist ein Glück, daß die lebendige Entwicklung dem Begriff der national-staatlichen Souveränität schwere Schläge versetzt hat.

Das Dogma der national-staatlichen Souveränität wird aus der Vorstellung und der Sprache der Menschheit um so mehr ausgelöscht werden, als Aussichten vorhanden sind, den Frieden einmal zu organisieren in einer zivilisierten Menschheit, und insbesondere in unserem gequalten Europa."

Vorbildliche Minderheitspolitik in — Belgien.

Dass man auch ohne Minderheitenverträge — die Sprache ist ja nicht erst durch den Vertrag entstanden — einer sprachlichen Minderheit gerecht werden kann, zeigt das Beispiel Belgiens. Wir entnehmen dem Bericht des sozialistischen Abgeordneten Sommerhausen aus dem belgischen Parlament, was folgt: "Die Annexion der Kreise Eupen, Malmedy und St. Vith hat einen weiteren kompativen Zuspruch von 47 204 Bürgern mit deutscher Muttersprache für Belgien gebracht. Unter diesen sprechen 44 999 ausschließlich deutsch. Auf diesen Angaben fußend, schlägt die zuständige Kommission vor, beim Gericht in Brüssel eine deutsche Kammer für Bilingualen zu schaffen."

Andererseits hat der Minister für Kunst und Wissenschaft die Sprachfrage im Volksschulunterricht auf folgender Grundlage geregelt: Muttersprache — Unterrichtssprache. Diese Regelung findet auch Anwendung auf die sprachlich gemischten Gebiete in der Umgebung der Hauptstadt, ferner auch die flämische Minderheit in der Wallonie, auf die französischen Minderheiten in Flandern und auf die Bevölkerung deutscher Bünde.

Schwierigkeiten entstanden über die Frage, wer denn die Muttersprache des Kindes bestimmen solle. Die französischen Propagandisten erklärten sich für den Familienvater. Der Minister jedoch, von der Annahme ausgehend, daß sehr viele Väter falsche Erklärungen abgeben würden, entschied, daß die Erklärung des Vaters nur informativem Wert haben solle und daß der Lehrer sie korrigieren könne, wenn er festgestellt habe, daß sie der Wirklichkeit entgegen sei. Dort, wo die Bevölkerung homogen ist, wird also die Umgangssprache im Volksschulunterricht je nachdem flämisch, deutsch oder französisch sein. Wenn irgendwie jedoch eine bedeutende anderssprachige Minderheit besteht, wird ihre Muttersprache als Unterrichtssprache in gewissen Klassen dienen. Wenn nur eine einzige Klasse vorhanden ist, dann wird die Sprache der Mehrheit die Unterrichtssprache bilden.

Für gewisse Bezirke sind Ausnahmen vorgesehen. So werden die Schulbehörden besonders in den wallonisch-deutschen Orten dem Minister besondere Vorschläge machen können, der sie, wenn er sie billigt, im "Moniteur" veröffentlichen wird. Indessen muß auch in diesen Fällen von dem Grundsatz ausgegangen werden, daß die Muttersprache die Unterrichtssprache sein soll.

GOLMOL

Rasiercrème für empfindliche Haut.

Unentbehrlich für Touristen und Reisende.
Überall erhältlich. Bezt nur mit der

Firma HENRYK ŻAK.

Ist das wahr? Es sah doch alles so hoffnungslos aus für die Mutter —

„Jetzt nicht mehr. Hören Sie nochmals: Es besteht gar kein Zweifel. Ich weiß, daß alles gut wird. Rechtsanwalt Munzer weiß es genau. Er hat es mir gesagt, und ich soll es Ihnen mitteilen.“

Ein tiefer Seufzer hob die Brust des jungen Mannes, so daß man erkennen konnte, welch schwere Last auf ihr gelegen hatte.

„Weiß es Mutter?“ fragte Evert Reymann nach einer kleinen Stille.

„Ja, sie weiß es.“

„Und sie ist auch froh darüber?“

„Sehr! Sie braucht jetzt nur noch das eine, daß Sie ganz gesund werden, damit Sie sich zusammenfreuen können. Deshalb, lieber Herr Reymann, helfen Sie mir, daß Sie gesund werden, recht rasch gesund werden. Wollen Sie das?“

„Ja! Jetzt glaube ich auch, daß ich vielleicht wieder gesund werden kann, weil —“

Er sprach nicht zu Ende. Seine Kräfte schienen erschöpft. Aber sein Gesicht trug einen breiten und glücklichen Ausdruck. Die Apathie, in der ihn Beneke vorgefunden hatte, schien gewichen und einer mehr behaglichen Müdigkeit Platz machen zu wollen.

„Seit langer Zeit zum ersten Mal bin ich wieder schlaflos,“ murmelte Evert. „Mein Kopf ist nicht mehr so wüst.“

„Das ist ausgezeichnet! Sehen Sie: Schon ein Anfang zur Besserung. Schlafen Sie also beruhigt ein, vollkommen beruhigt, hören Sie, Evert Reymann, — schlafen Sie sich gesund! Andruschky hält die Wache.“

Der Kranke lächelte.

„Ach ja, Andruschky — — — als ich ein Kind war, saß Andruschky schon bei mir, wenn ich krank war —“

(Fortsetzung folgt.)

Das Kabinett Briand gestürzt.

Angriff des Kammerpräsidenten. — Herriot und Briand im Aduell. — Das Vertrauen abgesprochen.

Paris, 18. Juli. In der Kommission stellte die Regierung Briand die Vertrauensfrage. Das Vertrauen wurde mit 243 gegen 288 Stimmen abgelehnt. Ministerpräsident Briand verließ die Kammer und hat dem Präsidenten der Republik sofort die Gesamtdemission des Kabinetts vorgelegt. Der Präsident hat das Rücktrittsgesuch unterzeichnet.

Über den Verlauf der sehr interessanten Sitzung entnehmen wir dem Aduell zwischen Herriot und Briand die nachstehenden charakteristischen Stellen:

Unter Applaus der Mitte und der Rechten und dem lebhaften Beifall der Linken beging der Kammerpräsident Herriot die Tribüne, und nun begann ein Kampf, der eine aufwühlende Wirkung ausüben sollte. Herriot verkündete, daß er „die vorher zu lösende Frage“ stelle. Eine bellommene und erwartungsvolle Stimmung legte sich über die Versammlung. Er lämmerte sich, so sagte er, nicht um die Ausdeutung, die vielleicht seinem Eingreifen gegeben werde. Seit einem Jahre habe er sich bemüht, den Regierungen in ihrem Kampf, in ihren durchdringlichen Schwierigkeiten zu helfen. Wenn es ihm sein Gewissen erlaube, so würde er auch jetzt gern seinen Stimmzettel für den Ministerpräsidenten abgeben, wie er das erst neulich in einem schwierigen parlamentarischen Nachkampf getan habe. Aber der gestern im Kammerbüro niedergelegte Gesetzesvorschlag mit seinen zwei kurzen, aber so scharf gehaltenen und alte Grundsätze umstürzenden Artikeln habe das republikanische Gewissen vieler Politiker verletzt, und zu dieser Stunde befänden sich in diesem Raum sicherlich viele, die in Gewissensnot schwieben. Er selbst hätte an sich ruhig hinter seine Stellung als Kammerpräsident sich verschlagen und sich abschließen können; aber ein echt französisches Empfinden habe ihm diese leichte Lösung als unmöglich erscheinen lassen. Wenn er somit die Rednertribüne betreten habe, nicht als Parteiführer, sondern als Kammerpräsident, so sei das in der Absicht geschehen, den Ministerpräsidenten in der dringlichsten und, wie er nur hoffe, auch in der wirtschaftlichsten Form zu bestimmen, ermögliche das Parlament nicht seiner wichtigsten Rechten und Pflichten bis Ende 1926 und vielleicht bis Anfang 1927 entkleiden. Er habe die Notverordnungsgekte bekämpft, deren Text unvergleichlich machbar gewesen sei als der jetzt zur Erörterung vorliegende. (Ein lauter Beifall, der sich bis auf die Bänke der Rechten erstreckte, folgte diesen Worten.) Die Abgeordneten seien die beauftragten Vertreter eines Souveräns, der sich „das Volk“ nenne, und sie könnten die ihnen übertragene Vollmacht nicht weiter übertragen. Briand neigte sich Caillaux zu, der zwischen ihm und dem Justizminister Laval lag, und flüsterte ihm etwas ins Ohr. Herriot fuhr erregt auf: „Spotten Sie nicht, Herr Ministerpräsident!“ rief er, „in diesem Augenblick sind so viele Männer dieser Versammlung von angstvoller Gewissensnot gequält.“ „Was gibt Ihnen das Recht, zu sagen, daß ich spott?“ rief Briand dazwischen, aus dessen Stimme ein außerordentlich gereizter Unmut herauslängte. „Diese Männer wissen“, so fuhr Herriot fort, „wie wichtig es ist, daß reich und taftig Maßnahmen ergriffen werden. Aber sie vernehmen auch ringsum Gerüchte von einer heraufziehenden Diktatur, und sie möchten die Notwendigkeiten des Augenblicks mit der Achtung vor den Hauptgrundzügen des jekigen Regimes vereinbart wissen. Hat man sich über die Tragweite des zur Erörterung stehenden Vorschlags Rechenschaft gegeben? Heutzutage hat alles Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage. Die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit und in schwierigen Augenblicken vielleicht sogar die persönliche Freiheit mit einbezogen.“ Herriot steigerte sich in eine immer leidenschaftlichere Erregung hinein. Briand gab Zeichen der Üngeduld zu erkennen, dem Finanzminister Caillaux stiegen immer wieder Blutwellen zu Kopf. „Um nur ein einziges Beispiel herauszugeben,“ so fuhr Herriot fort, „möchte ich darauf hinweisen, daß das Parlament die Heraussetzung gewisser Steuertäke und die Heraussetzung gewisser anderer nach der Willkür einer Regierung einfach nicht zulassen kann. Ich würde mein Amt als Kammerpräsident keinen Augenblick länger behalten, wenn ungünstigerweise die Autorität dieser Versammlung hier verringert werden sollte.“ Das lang schallte, wie ein durch die Luft pfeifender Säbelhieb. Briand, Caillaux und Laval fanden sich bedeutungsvoll an. Briandkreuzte kurz die Arme vor der Brust und richtete sich mit einem Ruck etwas in die Höhe. Die Worte Herriots waren das Zeichen dafür, daß es diesmal mit der Regierung und dem Kammerpräsidenten auf Wegen oder Brechen gehen werde. „Kann man,“ so sagte Herriot, „die Maßnahmen äußerster Dringlichkeit nicht mit den verfassungsmäßigen Notwendigkeiten vereinbaren? Noch während des Krieges ist durch das Parlament, das Stunde für Stunde seine Pflicht tat, das Heer in den Stand gesetzt worden, das Land zu verteidigen.“ (Der Beifall auf der Linken wurde mit Hohnrufen auf der Rechten erwidert.) „Nein, ich kann meine Zustimmung zu diesen zwei kleinen, kurzgefassten Gesetzen willkürlich nicht geben. Arbeitet Sie zusammen mit dem Parlament, aber schreiben Sie es nicht zur Seite!

Die Abwehr Briands.

Herriot setzte sich wieder zu seinen Parteifreunden. Briand meldete sich zum Wort, bestieg die Tribüne und fasste den Kammerpräsidenten scharf ins Auge. Er begann ruhig und langsam, aber mit einem Ton, dessen Ernst die innere Erregung verriet.

Er sagte, daß auch er sein Gewissen fragt habe. Als der aufrichtige und leidenschaftliche Republikaner, der er sei, habe er

sich zu dem vorgeschlagenen Wege nur auf Grund der Gewissheit entschieden, daß dadurch dem Ansehen des Parlaments nicht nur kein Eintrag geschehe, sondern daß dieses nach seiner ehrlichen Auffassung dadurch nur gestärkt werde. Er habe die Überzeugung, daß die parlamentarischen Einrichtungen immer, wie tragisch auch die Zeitsäfte seien, ein Mittel zur Verfügung hätten, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Er empfinde aber rings um sich das leidenschaftliche Begehr des Landes danach, daß eben diese republikanischen Einrichtungen auch über genugend Geschwindigkeit verfügen müssten, um den jetzt drohenden Gefahren entgegenzuwirken. Er könne nicht in dem Verdacht stehen, daß er unnötigerweise die Zusammenarbeit mit dem Parlament ablehne. Gerade sein Verantwortungsgefühl und seine Sorge um das öffentliche Wohl hätten ihn bewogen, den Weg vorzuschlagen, den der Kammerpräsident so scharf kritisiert habe. (Herriot, der, vorübergehend, bleichen Antlites auf jedes Wort des Ministerpräsidenten lauschte, rief zur Rednertribüne: „Sie wissen, daß auch ich aus meinem Verantwortungsgefühl heraus für das öffentliche Wohl gesprochen habe.“) Briand fuhr darauf mit starker Betonung jedes einzelnen Wortes fort: „Der Kammerpräsident Herriot hat die angeblich vorher zu lösende Frage gestellt. Das bedeutet in Wirklichkeit

ein Duell zwischen dem Kammerpräsidenten und dem Ministerpräsidenten.

(Rechts erscholl wieder stürmischer Beifall, links erhob sich Widerspruch. Herriot bemerkte: „Ich habe Ihnen die Hand dargeboten, ergreifen Sie sie doch!“) Briand ließ sich nicht beirren: „Ja-wohl, es handelt sich um ein Duell, das muß gerade heraus gesagt werden. Das ist ehrlicher und lohaler. Die Kammer sieht sich vor zwei Vertrauensfragen gestellt, vor diejenige des Kammerpräsidenten und vor diejenige der Regierung. Das ist peinlich, ja sogar tragisch. Als Ministerpräsident habe ich eine andere Auffassung von meiner Pflicht, als sie mir der Kammerpräsident nahelegen wollte. Ich will auf keinen Fall dem parlamentarischen Mechanismus zuliebe das Wohl des Landes opfern oder auch nur auf Spiel setzen. (Entrückte Zurufe auf der Linken, stürmischer Beifall in der Mitte und auf der Rechten.) Welch lange Debatten würden jetzt anheben, wenn man Artikel für Artikel der zu beschließenden Maßnahmen hier durchberaten wollte? Das würde amorphlos eine Auseinandersetzung ohne Maß und Ziel. Es geht nicht um Tage, es geht um Stunden. Was würde aus dem Frankfurter werden? Und wenn in der Zwischenzeit das ganze Land in Verwirrung geraten sollte?

Briand erwiderte, er wolle dem Herrn Kammerpräsidenten etwas das Gedächtnis stärken. Er erinnerte sich deutlich, wie ihn selbst damals die Kammer mit den Rufen: „Es lebe die Republik, es lebe die Freiheit!“ empfangen habe, gleich als ob diese damals gefordert gewesen wären. Man habe auf die wichtigsten Maßnahmen, die man ins Auge gefaßt habe, verzichten müssen. „Wenn sich jetzt die Regierung der Anregung des Kammerpräsidenten widersetzt, so weiß sie wohl, daß sie dadurch ihre eigene Stellung außerordentlich gefährdet.“

Gut, so mag die Regierung, wenn es sein muß, auf der von ihr eingenommenen Stellung fallen.

(Sehr gut, sehr gut! in der Mitte und auf der Rechten.) Die Regierung hat nicht verucht, die Kammer zu täuschen. Sie weiß, was sie will. Ihrem Plan ist ein anderer entgegengehalten worden, aber nur ein einziger (Einspruch auf der Rechten) und unter diesen Umständen ist der Regierung vor kurzem das Vertrauen ausgesprochen worden. Jetzt aber ist erforderlich, daß innerhalb von 48 Stunden das Land ein klares Ziel vor sich sieht und eine handlungsfähige Regierung vor sich hat. Ohne das ist die Rettung unmöglich, und wenn das Parlament mit Verständnis für diese Lage sich zu einer gewissen Selbstverantwortung bereitfindet, so wird das Land seinerseits das Verständnis dafür aufbringen. Die republikanischen Einrichtungen werden dadurch nicht gefährdet, sondern im Gegenteil gestärkt. Aber wenn endlose Auseinandersetzungen anheben sollten, so wird das Land gegen das Parlament den Vorwurf der Unfähigkeit erheben. Die finanzielle Katastrope wird die Folge sein. Andere mögen vielleicht anders denken, aber die Regierung ist der Auffassung, daß sie frevelhaft, ja verbrecherisch handeln würde, wenn sie anders vorgehen würde. Schauen Sie, was in Belgien sich ereignet. (Der Sozialistführer Léon Blum ließ sich zu dem Zwischenruf hinrufen: „Dann ist mir ein König lieber, Herr Briand.“) Briand schloß: „In normalen Zeiten können die Meinungen auseinanderplatzen; das Ergebnis ist dann nicht von derart einschneidender Bedeutung. Aber in der heutigen Lage bittet die Regierung, die Kammer möge es sich reiflich überlegen. Sie verlangt von Ihnen die Mittel, um handeln zu können. Sie folgt dabei der Eingabe ihres Gewissens. Die Kammer wird vielleicht einem anderen Drang als die Regierung folgen. Sollte es dahin kommen, dann würden wir Mitglieder der Regierung ohne jede Vitterkeit und ohne jeden Vorwurf uns wieder in Reihe und Glied stellen. Als aufrichtiger Republikaner werde ich dann wünschen, Unrecht gehabt zu haben. Ich werde mein ganzes Wissen und meinen ganzen guten Willen der anderen Regierung zur Verfügung stellen.“

Staatliche Entnationalisierungspolitik ist unmoralisch.

In Aberystwyth, einer kleinen Stadt in Wales, dem teltischen Sprachgebiet Englands, fand Anfang Juni der Kongress des internationalen Verbandes der Völkerbundsgesellschaften statt. Bei den Verhandlungen, an denen Vertreter aus allen Ländern teilnahmen, spielte die Frage der Minderheiten eine große Rolle. Der Kongress nahm einen Beschluß an, daß diejenigen Staaten, die noch durch keine besondere Verträge gebunden sind, ihren Minderheiten wenigstens das gleiche Maß von Gerechtigkeit und Duldung gewähren sollen, das ihnen die durch Verträge bereits gebundenen Staaten sicherstellen. Zu der Minderheitsfrage im allgemeinen hatte ein englischer Bericht in einer auch für uns interessanten Weise Stellung genommen. Doch stieß der Beschluß auf den Widerstand Italiens, Polens und Rumäniens. Darin heißt es, daß die Minderheiten die Pflicht haben, lokale Bürger des Staates zu sein, dem sie angehören und daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn die Minderheiten unzufrieden sind mit ihrem Schicksal.

Die Vorlage glaubt, daß Verschiedenheit der Rasse, Sprache, Religion und Kultur nicht unverträglich ist mit der dem Staate geschuldeten Loyalität. Daher sind sämtliche Versuche, die Minderheiten zu absorbieren (assimilieren), als ungerecht zu betrachten. Für eine befriedigende Lösung der Frage sei notwendig, die Minderheiten als wertvolle Einheit dem Staate einzufügen, und daß die nationale Mehrheit durch die Berücksichtigung des Wunsches, daß die Minderheiten ihrer Sprache, ihrer Religion und ihrer Kultur entsprechend besonders behandelt werden, in der wirtschaftlichen und gerechten Weise dem Interesse des Staates genügt.

Deutsches Reich.

Dr. Bell Reichsjustizminister.

Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister a. D. Dr. Bell zum Reichsminister der Justiz ernannt und ihn gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der besetzten Gebiete beauftragt. Wie weiter gemeldet wird, beabsichtigt Reichskanzler Marx nun den Posten des Staatssekretärs an der Reichskanzlei neu zu besetzen. Befannlich hat Marx zunächst den Staatssekretär des Kabinetts Luther, Dr. Kempner, mit übernommen. Er folgt einem ministeriellen Brauch, wenn er jetzt diesen wichtigen Posten mit einem Politiker seines besonderen Vertrauens besetzt. Wie verlautet, ist ein Zentrumsparlamentarier als Nachfolger Kempners in Aussicht genommen. Nach der Rückkehr des Innensenators Dr. Kühl wird das Reichskabinett diese Frage in seiner nächsten Sitzung eingehend behandeln.

Minister Severing wieder im Amt.

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt: „Der preußische Minister des Innern Severing ist in Berlin eingetroffen und hat seine Amtstätigkeit im vollen Umfang wieder aufgenommen. Dadurch erledigen sich alle Kombinationen über den angeblich bevorstehenden Rücktritt des Ministers.“

Der neue Administrator für Tütz.

Am Stelle des vor einem Jahre verstorbene apostolischen Administrators Dr. Robert Weimann ist vom Bischof der Pfarrei St. Michael in Berlin ernannt und mit den Rechten und der Jurisdiktion eines Bischofs ausgestattet worden. Der neue Oberhirt wurde am 10. Oktober 1880 in Beuthen (Oberschlesien) geboren und war 1917 in Berlin tätig, während er vorher 11½ Jahre auf Rügen amtierte. Seine Gemeinde sieht ihm großer Vertrübslichkeit. Der Gewählte ist bereits in Schneidemühl eingetroffen, denn er möchte nicht in Tütz, sondern in Schneidemühl seinen Sitz zu fundieren, um im Zentralpunkt eine fruchtbare Tätigkeit zu entfalten. Schneidemühl besteht aus

Pfarreikirchen, hatte aber nur einen Pfarrer, der im Mai d. J. im blühenden Alter von 50 Jahren starb, weshalb ein günstiger Zeitpunkt eine Teilung der Pfarre mit Leichtigkeit ermöglicht, so daß dem neuen Administrator auch ein angemessenes Gotteshaus zur Verfügung gestellt werden kann, damit auch die Grenzmark wie Danzig ein selbständiges Bistum werde.

Mord und Selbstmord.

Frankfurt (Main), 19. Juli. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Schierstein meldet, wurde dort eine junge Frau fortgejagt von einem Angehörigen der französischen Bevölkerung mit Liebesanträgen versorgt, die sie jedoch immer zurückwies. Die Frau mußte schließlich um sich des Zwanges zu wehren, zu ihren Eltern nach Kronberg überziedeln. Am Sonnabend nun erschien der Franzose in der elterlichen Wohnung. Kaum hatte er das Zimmer betreten, in dem sich die junge Frau befand, als er einen Revolver zog und einen Schuß auf sie abgab, der sofort tödlich wirkte. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich durch einen Schuß eine so schwere Verlelung bei, daß er kurze Zeit nach der Einbringung in ein Krankenhaus verstarb.

Kriegsgräberfürsorge.

Wie bereits mehrfach erwähnt, fand Mitte Mai dieses Jahres am Rhein in der schönen Stadt Düsseldorf der diesjährige Vertretertag des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge statt. — Das soeben erschienene Heft 7 der „Kriegsgräberfürsorge“, der monatlich erscheinende Beitschrift des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, bringt die Niederschrift über diese überaus arbeitsreiche Tagung und gibt auch gerade hierdurch ein anschauliches Bild von der ausgedehnten, segensreichen Tätigkeit des Volksbundes, das jeden dieser Volksbewegung noch fernstehenden veranlassen sollte, sich ihm anzuschließen. — Von großem Interesse dürften auch für zahllose Hinterbliebene die Berichte über Reisen an die letzten Ruhestätten der Gefallenen in Frankreich, Belgien und Afrika sein, besonders auch eine Schilderung von der Überführung eines in Frankreich Begegneten in die Heimat. Auch gibt das Heft Aufschluß über die Fürsorgeaktivität des Volksbundes auf Kriegerfriedhöfen in Polen, Litauen, Russland, Jugoslawien und Spanien und berichtet über den Zustand von solchen in Frankreich, Belgien, England, Dänemark, Polen, Estland, Russland, Ungarn, Italien, Rumänien und in der Heimat. — Die „Kriegsgräberfürsorge“ ist das Bindeglied zwischen den unvergessenen Toten der draußen in fremder Erde und den Überlebenden, für die jene ihr Leben gelassen haben. Jeder Deutsche sollte Leser dieser Zeitschrift sein. — Zu bezeichnen ist die „Kriegsgräberfürsorge“ durch die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V., Berlin W. 15, Brandenburgische Str. 27.

Aus anderen Ländern.

Kirchlicher Nationalismus.

Es ist eine verständliche Erscheinung, daß gerade schwache Staaten mit einer kulturell nicht sehr hochstehenden Bevölkerung einer krassen nationalen Unzulässigkeit halbigen. Ein Beispiel hierfür liefert die in diesen Tagen in Taurrogen beendete evangelische Synode Litauens, auf der das Verhältnis der evangelischen Kirche Litauens zum Deutschen eingehend behandelt wurde. In einem Bericht wurde erwähnt, daß in Südtirol, wo deutsche Pfarrer früher gepredigt hatten, sich eine Germanisierung der litauischen Bevölkerung vollzogen habe. Doch vor 20 Jahren habe man in den evangelischen Kirchen Südtirols aus litauisch gebetet, heute sei dort die Kirchensprache deutsch. Sogar die Religionsprüfungen in den Schulen würden in deutscher Sprache abgehalten.

Die Synode wandte sich in einer Entschließung in schärfster Form gegen die Tätigkeit der deutschen Pfarrer in Litauen und forderte die litauische Regierung auf, den weiteren Zugriff deutscher Pfarrer zu verbieten.

Rehbergericht über Tolstoi.

Ein russisches Volksgericht in Moskau hat nach der „Deutsch-Österreichischen Lehrer-Zeitung“ fürlich auf Betreiben der Witwe Lenin gegen Tolstoi ein Urteil gefällt, weil die Schriften des großen russischen Dichters, vor allem „Anna Karenina“ und „Aufstieg und Fall“ hierfür liefern die in diesen Tagen in Taurrogen beendete evangelische Synode Litauens, auf der das Verhältnis der evangelischen Kirche Litauens zum Deutschen eingehend behandelt wurde. In einem Bericht wurde erwähnt, daß in Südtirol, wo deutsche Pfarrer früher gepredigt hatten, sich eine Germanisierung der litauischen Bevölkerung vollzogen habe. Doch vor 20 Jahren habe man in den evangelischen Kirchen Südtirols aus litauisch gebetet, heute sei dort die Kirchensprache deutsch. Sogar die Religionsprüfungen in den Schulen würden in deutscher Sprache abgehalten. Die Synode wandte sich in einer Entschließung in schärfster Form gegen die Tätigkeit der deutschen Pfarrer in Litauen und forderte die litauische Regierung auf, den weiteren Zugriff deutscher Pfarrer zu verbieten. Der Verteidiger Tolstoi, Auflösungsmittel und Auflösungsmittel, wagte nur um Anerkennung mildernder Umstände zu bitten. Das Urteil lautete: Leo N. Tolstoi, ehemaliger Offizier und Großgrundbesitzer, vor 18 Jahren verstorben, ist schuldig. Schriften verbreitet zu haben, welche die Weltanschauung der Bourgeoisie predigen. Im Anbetracht dessen, daß Tolstoi im Zeitalter der bürgerlichen Kultur lebte und Lenins große Ideen nicht kannte, beschloß das Gericht, daß aus allen öffentlichen und privaten Bibliotheken wenigstens diejenigen seiner Werke ausgeschaltet werden sollen, welche auf das Volk einen verderblichen Einfluß zu üben vermöchten. Darum werden diese Werke konfisziert und vernichtet werden. Das eingehämpfte Papier muß verarbeitet werden für den Druck der Werke Lenins, Zinowjevs und Bucherins. — Auch ein Kulturdokument.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Straß; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage: „Die Zeit im Bild“: Robert Straß; für den Anzeigenanteil: G. Schwarzkopf, Kosmos Sp. z o. a. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. A. K. sämtlich in Posen u. Bielitzhawieka 6.

KINO APOLLO
POSTAL KINO


Vorführungen: 5, 7, 9. Vorführungen: 5, 7, 9.

Ab Montag, den 19. Juli 1926,

Komödie

Hilfe! Ich bin Millionärin!

Regie: Frank Tuttle

In den Hauptrollen:

Bebe Daniels und Tom Morre.

Vorverkauf von 12.—

Tapeten, Linoleum- Teppiche u. Läufer, Glanzdecken, Kokos- Läufer u. Matten,

Zb. Waligórski - Wielkopolska Centrala Tapet
Socztowa 31 (nur vis-à-vis der Post) Poznań

Telephon 1220.

Ihre am 17. Juli 1926 zu Tapiau stattgefundene Vermählung zeigen ergeben an.

Otto Bludau und Frau Luise, geb. Bernhardini.

Flügel und Pianos
von ersten Weltfirmen sowie Pianos in vorzüglichster Qualität aus einer Fabrik mit großer Preisermäßigung auf längere Monatsraten empfiehlt

B. Sommerfeld,
Pianoforte-Fabrik
BYDGOSZCZ
nur ul. Sniadeckich 56. Tel. 883.
Filiale: Grudziądz ul. Groblowa 4. Tel. 229.

Schlesisches Moorbad Ustron
an der Weichsel, in den Beskiden, 354 m ü. d. M. Angezeigt bei Frauenleiden, Rheumatismus Gicht, Arthritis deformans, Ischias, Neuralgie, Exsudaten, Blutarmut u. a. Badearzt Dr. E. Sniegon. Eigene Moorlager. Modernes Kurhaus u. Kurhotel. Herrliche gesunde Lage. — Mäßige Preise. Geöffnet vom 15. Mai bis Ende September. In der Vor- und Nachsaison Preisnachlaß. Auskünfte erteilt die Badeverwaltung.

25 PS. Elektromotor

220/380 V., gründlich überholt, auf Wunsch mit passender Drehmaschine, geben preiswert ab
Hodam & Ressler, Maschinenfabrik.
Danzig — Grudziądz.

Original schwedische Getreidemähmaschinen
WESTERAS
Original Deering Getreidemähmaschinen
Pferderechen gegen zinslosen Kredit.
Józef Nitsche Maschinen Fabrik
Tel. 17-29 Poznań, Wjazdowa 8. Tel. 17-29.
(vis-à-vis Posener Universität).

Sisal-Bindegarn und Erntepläne

liefern sofort vom Lager

Schiller & Beyer
Maschinen und Eisenwaren für Industrie und Landwirtschaft
Poznań, ul. Towarowa 21. Tel. 5447.

Einige neue

Getreidemäher,
Original Eckert-Diva geben zum äußersten Preis von zp. 1000.— pro Stück ab.
Ferner haben noch abzugeben einige gebrauchte, sehr gut durchreparierte Getreidemäher zu jedem varen Preis.

Niebaum & Co., Gniezno, ul. Rzeźnicka 5.



Am Sonntag, dem 18. Juli, starb nach langem, schwerem Leiden

Sanitätsrat

Dr. Karl Christoph

Direktor der Landes-Irren- und Idiotenanstalt zu Kościan u. d. im Alter von 56 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten
Die Angehörigen.

Kościan, den 19. Juli 1926.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 21. d. Mts, nachm. 5½ Uhr vom Trauerhause ul. Zakładowa 2 aus statt.

Vächtiger Müller, ●
der kleine Reparaturen selbst ausführen kann, sucht Dauerstellung. Gef. Angeb. unter 1528 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Tauschangebot für deutsche Optanten!

Massives Haus in Herten b. Recklinghausen (Westfalen). 2 Stockwerke hoch, 17 Zimmer mit allem Komfort, 7 Ställen und Hof im Werte von 30.000 M. gegen 1 Wohnhaus in d. fr. Provinz Pojen oder auch eine Landwirtschaft in der näheren Umgebung von Pojen zu tauschen gefunden. Meld. unter 1511 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Erneptane Bindfaden in allen Stärken und Tapezierer sowie Saillerartikel empfiehlt allerhöchst Firma M. PIECZYNSKI Poznań, Poetzowa 11.

Die einmalige Anzeige

dient Ihrer Repräsentation. Das laufende Inferat dagegen gestaltet die Beziehungen zu Ihren bisherigen Kunden lebhafter, knüpft neue Geschäftsverbindungen an und erhält durch Ihren Am. Soh.

Markisenstoffe

glatt und gestreift
100 cm × 120 cm breit
grau - rot, grau - blau, grau - gelb, grau - grau

Poznań M. MINDYKOWSKI ul. Żydowska 33

,Mix-Seife' ist die beste und billigste Waschseife.
MIXIN' ist das beste und billigste Seifenpulver.

Vertreter: B. Schmidt, Poznań, Wierbięcice 15, Telephon 5151.

Bilanz am 31. Dezember 1925.		zl	gr	zl	gr
Dez. 31.	An Kassenbestand	118,61			
" " Genossenschaftsbank Ibd. Rechn.	809,42				
" " Wertpapiere	750,-				
" " Forderungen in Ibd. Rechn.	8 900,18				
" " Beteiligung bei L. H. G.					
" " Poznań	1 000,-				
" " Inventar	450,-				
" " Geöffnetes GuV d. Gen.		140,-			
" " Reservefonds	2 499,-				
" " Betriebsrücklage	1 033,98				
" " laufende Rechnung	4 177,26				
" " Spareinlagen	4 113,74				
" " Reingewinn	64,23				
		12 028,21		12 028,21	
Umsatz in 1925: 187 886,32 zl.					
Mitgliederzahl Anfang 1925: 63					
Zugang:					
Abgang:					
Mitgliederzahl Ende 1925: 68.					
Rogozno, den 9. Juli 1926.					

Spar- und Darlehnskasse
Spółdz. z. z nieogr. odp.

Hugo Ballert. Ernst Wagner.

Wir kaufen große Posten

Olintergersie

Raps und Rübsen

ab allen Stationen u. erbitten

bemerkte Angebote.

Wir offerieren prima

Stoppelrübensamen

zur prompten Lieferung.

Gustav Dahmer,

Samen und Getreide-Export

Ges. Danzig. Gegr. 1891.

Weich edelndendes evg. Mäd-

chen würde jungen Mann, der

das Alleineins müde ist, eine

treue Lebensgefährtin

werden? Off. mit Bild, das

ebenwörtlich zurückges. wird.

n. 1524 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Hebamme erfeilt Rat,

Best. entgegen u. Dauer z. läng.

Außerthal. auf. Friedrich,

Stadt. Bahnh. Gulewskow.

Wyne 13 bei Noworockaw.

Zur Anschaffung empfohlen!

Sogleich lieferbar:

Pfennigstorch, Gartenbau

u. Kleinierzucht, Goldm. 2,50

Wie angele ich m. Erfolg 0,75

Die Tanzkunst, Goldm. 1,50

Ludwig, Am Bienenstand 1,50

Meher, Prakt. Bienen-

meister, Goldm. 2,00

Leimstein, Obstbau-

pflege 1,50

Bland, Geißigzucht, geb. 2,00

Pfeiffer, Das Rüb. 0,75

Sport-Album, Fußbal-

sport . . . geb. 0,90

Sport-Album, Leicht-

athletik . . . geb. 0,90

Albrecht, Der Mensch

und sein Geschlecht 1,20

Bürger, Blumentrache 1,00

Aivensleben, Liebes-

briefteller . . . 0,75

Zahlbar in Zloty

nach Schlüsselzahl, nach

auswärts mit Porto berechnung.

Buchhandlung der

Drukarnia Concordia

Sp. Akc.

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Gutsinspektor,

selbstständig, ledig, 32 Jahre alt,

evangelisch, mit landw. Mittel-

schule, mit reicherlicher Praxis

und erstaunlichen Zeugnissen, der

die deutsche sowie polnische

Sprache in Wort und Schrift

vollkommen beherrscht, sucht

Pojen auf größeres Gut, wo

er heiraten könnte. Angebote

unter 1529. Abholung ver-

träglich a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kabarett Moulin Rouge
Tel. 3369. Poznań, Kantaka 8/9. Tel. 3369.
1. Etage (Eingang durch Toreinfahrt). Jeden 1. und 16. d. Mts. Programm-Wedisel.

Beginn 10.30. Dancing! Mäßige Preise!

Bei unserem Scheiden von hier allen Freunden und Gönern ein herzliches Lebewohl!
Otto Schumann und Frau Paula, geb. Sültemeyer.

Verreist vom 18. Juli bis 7. August d. Js.
H. Frenzel, Dent., Rogoźno.

Motordreschfak,

fast neu, 25 Ztr. Stundenleistung, verkauf

E. Schröder, Schwiedemeister Budzyń, Chodziez pow.

Wir nehmen noch einige grössere Milchlieferanten (Dominium) zur ständigen Lieferung auf.

Mleczarnia Poznańska - Posener Molkerei

Spółdz. z odp. ogr.

Poznań, ul. Ogrodowa 14. Tel. 33-44.

Aus Stadt und Land.

Von den 19. Juli.

Wie soll man in der warmen Jahreszeit Obst essen?

In der warmen Jahreszeit spielt das Obst unter den Nahrungs- und Genussmitteln eine ganz erhebliche Rolle. Ungeheure Mengen von Früchten aller Art werden verzehrt. Man muß aber auch das Obstessen lernen, und hierbei kann man Fehler begreifen, die sich an der eigenen Gesundheit rächen. Zunächst ist es wichtig, daß Obst nur in reifem oder gelochtem Zustande zu genießen. unreifes Obst ist schwer verdaulich und dazu angezeigt. Reizungen des Magens zu bewirken. Nicht selten können es die Kinder nicht erwarten, bis die Apfelsin reif sind, und überladen sich mit dem völlig unreifen, weil sauer, auch schlecht gekauten Früchten den Magen. Wir müssen die Beerenfrüchte von den Steinfrüchten unterscheiden. Die ersten enthalten zwar auch Kerne, aber sie sind erstens klein und zweitens vom Magensaft leichter angreifbar, so daß ihr Verschlingen kaum zu irgendwelchen Störungen Anlaß geben können. Ganz anders ist es mit den Steinfrüchten: Pfirsiche, Kirschen, Mirabellen, Aprikosen, Feinceladen, Pfirsichen; bei allen ist der Kern so hart und widerstandsfähig, daß man auf das Dringendste vor seinem Verschlucken warnen muß. Abgesehen von der Unverdaulichkeit kommt auch die leichte Entstehung der Blinddarmentzündung in Betracht, die sich durch Hängenbleiben von Steinen und dergleichen entwickeln kann.

Von den Glühwürmchen.

Wenn an warmen Juliabenden die Johannistäferchen oder "Glühwürmchen" mit ihrer wunderbaren Laterne durch die laue Luft ziehen, dann gehört dies zu den angenehmen Erscheinungen des Sommers, die man ungetrunken entbehrt, und wenn man solch ein Tierlein fängt und seinen unscheinbaren Körper betrachtet, dann ahnt man nicht, daß man einen Mörder in der Hand hat, der ein so vielfach größeres Tier wie eine Schnecke bewältigen kann. Nun, sie haben dazu recht ansehnliche häfige Kiefer; vor allem aber bringen sie ihrem Opfer durch einige Biße eine Flüssigkeit bei, durch die es gelähmt wird, so daß sie es nun in aller Ruhe verzehren können. Und nun noch ein Wort über das Leuchten. Sowohl die fliegenden Männerchen wie die im Grase trüpfelnden flügellosen Weibchen leuchten. Es ist ein Erlebniszeichen beider im abendlichen Dunkel. Aber auch die Farben leuchten ein wenig. Die Leuchttorgane, liegen an den Beißringen, besitzen viele Kristalle von harschaarem Ammonium, die an der Luft leuchten; doch sind dazu noch andere Stoffe nötig, welche die Tiere aus den Humussäuren des Bodens bereiten. In die Leuchttorgane münden zahlreiche Lufttröhren der Tiere, deren Deffusionen sie schließen können, um mehr oder weniger Luft zu strömen zu lassen, so daß sie ein in gewissem Grade willkürliches Leuchten bewirken können.

X Vorschriften für das Baden im Freien. Vom städtischen Polizeiamt gehen uns folgende Mitteilungen mit der Bitte um Veröffentlichung an: Im Hinblick auf die jetzige Badeaison und auf die zahlreichen Ertrinkungsfälle werden die Einwohner der Stadt Posen auf die Polizeiverordnung vom 7. April 1926 hingewiesen, nach der das Baden und Schwimmen in der Warthe und der Cybina an der halb der Konzessionierten Badeanstalten nur an solchen Stellen gestattet ist, die polizeilich zugelassen und als solche entsprechend bezeichnet sind. Außerdem wird daran erinnert, daß die Beschädigung und Verunreinigung von Badestellen durch Ueberschreiten der Badegrenzen, das Laufen am Ufer ohne entsprechende Badekleidung und das Spazieren auf den benachbarten Wiesen und Feldern streng verboten ist. In Badeanstalten darf man sich nur an den offenen Ufern der Badestellen aufhalten und sich nach dem Bade höchstens 50 Meter vom Wasserrand entfernen. An offenen Stellen dürfen nur in kompletten Badeanzügen Sonnenbader genommen werden, und zwar in einer Entfernung von nicht mehr als 50 Metern vom Wasserrand. Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 80 zl. im Falle der unmöglichen Entziehung mit entsprechender Haftstrafe geahndet. Im Zusammenhang mit den obigen Ausführungen wird noch daran erinnert, daß das Schwimmen von Pferden und Kindern in der Warthe und Cybina nur an den Stellen gestattet ist, die von der Polizei dazu bestimmt wurden und mit Verzäutungen und entsprechenden Aufschriften versehen sind.

X Fleischeführerverbot für England. Das städtische Polizeiamt bittet uns, folgendes bekannt zu geben: Das englische Handelsministerium hat eine Verfügung erlassen, die die Einfuhr von Fleisch nach England wegen der Entdeckung der Maul- und Klauenseuche in europäischen Hafenladungen nach Großbritannien verbietet. Auf Grund dieser Verfügung ist die Einfuhr von Hammeln, Kindern, Schweinen und Ziegen aus europäischen Hafen verboten, und zwar betrifft das Gangstücke oder Teile jeder Art. Das Verbot betrifft nicht ganz gepökelte Schinken und Speisen und ausgelassene Fette, gelochtes und konserviertes Fleisch und Fleischfäße, sowie Rohhäute ohne Haare oder Borsten und

Rohhäute mit Haaren oder Borsten, sofern die Häute getrocknet oder gejalzt sind. Bei feuchtgesalzenen Häuten ist jedoch eine Bezeichnung der zuständigen Regierungsbehörde des betreffenden Landes, in dem der Verladehafen liegt, beizufügen darüber, daß die Rohhäute ohne Haare oder Borsten bzw. mit Haaren und Borsten binnen 14 Tagen dem feuchten Einzelnen unterlagen. Diese Bescheinigung ist den zuständigen Hollbeamten im Ausladehafen einzuändern. Die Verordnung gilt von sofort, betrifft aber nicht die Ladungen, die im Einflang mit den Schiffsdokumenten vor Mitternacht des 8. auf den 4. Juni verladen wurden.

X Ein Gedenkblatt. Im Anschluß an die am 25. Februar d. J. erfolgte Einweihung der evangelischen Kirche in König (Chojnitz), die nach langer Unterbrechung den ersten Neubau im abgetretenen Gebiet darstellt, hat das Evangelische Konsistorium in Posen ein Gedenkblatt zur Erinnerung an die Grundsteinlegung und Einweihung dieser Kirche herausgegeben. Die hübsch ausgestattete und mit zahlreichen Abbildungen versehene Broschüre enthält eine kurze Geschichte des Kirchbaus und kann vom Konsistorium in Posen bezogen werden.

X Bischof Lukomski, der an dem eucharistischen Kongress in Chicago teilnahm, berichtete gegenwärtig die polnischen Parochien in Amerika. Ende Juli kehrt er aus Amerika zurück, wird sich aber mehrere Wochen in Paris aufhalten, um die polnischen Arbeiterkolonien zu besuchen und Führung mit der Emigration zu nehmen. Nach Posen kehrt der Bischof gegen Ende August zurück.

X Todesfall. Plötzlich gestorben ist der Rechtsanwalt Feliks Adamski in Posen.

X Die Auszahlung der Rentenvorschüsse für Optanten. Mit dem 1. d. Ms. hat die Landesversicherungsanstalt in Posen die Auszahlung der Rentenvorschüsse für Optanten übernommen, denen bisher das Wojewodschaftsamt diese überwiesen hat. Insolgedessen kann sich die Auszahlung einige Tage verzögern. Optanten, die bisher Anträge nicht gestellt haben, müssen diese fortan an die Ubezpieczalnia Krajojowa in Poznań richten.

X Der Austausch der kleinen Kassencheine. Die Notiz über den Austausch der kleinen Kassencheine berichtet die Bank Polski. Der Austausch der alten 5-Glotyscheine von 1919 hat mit dem 31. März 1926 ausgehört. Der Austausch der 1- und 2-Glotyscheine von 1919 erfolgt in allen Staatskassen und Abteilungen der Bank Polski bis 30. September d. J.

X Ein Mangel an Kleingeld, und zwar in Ein-, Zwei- und Fünfsgrößenmündern, macht sich gefährlich. Auch bei der Bank Polski sind diese Geldstücke gegenwärtig in größeren Mengen nicht zu haben.

X Der Autobusverkehr ab ul. Matejki (früh 720 und ab 740 ab Plac Wolności (fr. Wilhelmplatz) ist während der Ferienmonate eingestellt worden.

X Kino Apollo. "Miniche", der neue Film des Apollo-Kinos ist, wenn wir nicht sehr irreten, die Verfilmung einer schon etwas älteren Komödie, die schon vor zwei Decennien die Theaterbesucher erfreute. "Miniche", dargestellt von Ossi Oswalda, ist der Name eines hübschen Aufwachmädchen eines großen Hotels, das nicht nur den Küchenchef mit Ohrenfeind traktiert, sondern auch mit seiner temperamentvollen Laune die ganze Männerwelt zu seinen Sklaven macht, als Kammerjunge der Tänzerin Yvette Garner in deren Abwesenheit nicht nur ihre prachtvollen Kleider trägt, sondern auch mit echtem Charme der Welt vortäuscht, diese Tänzerin selbst zu sein. Von der echten Tänzerin in einer wütenden Katerstimme überrascht, soll auch sie "fliegen", doch in einer Aufführung ganz besonderer Laune der echten Yvette verlaufen die echte und die unechte Tänzerin gegenseitig die Rollen. Das gibt dann den Anlaß zu den tollsten Verwechslungen, bis Miniche als Gattin eines Grafen, der nun einmal bis über beide Ohren in sie verliebt ist, aus der Affäre hervorgeht. Experimentell illuminiert des Paars unter dem Regenschirm und dann Schlüß. Die Komödie weckt in ihrer lebensprudelnden Aufmachung große Heiterkeit und unterhält zusammen mit der Wochenfrau aus alter Welt das Publikum auf das Beste.

X Wieder eine Leichenanschwellung. Am Sonnabend wurde unweit des Dorfes Niarmowice die Leiche eines unbekannten, etwa 35 Jahre alten Mannes kleiner Gestalt mit hellblondem Haar und kurz geschnittenem Schnurrbart, die nur mit Badeanzug bekleidet und bereits in Verwesung übergegangen war, aus der Warthe gezogen und in die Leichenhalle des Stadtfrankenhause übergeführt.

X Mitglieder Schwedel. In einem Kolonialwarengeschäft in der ul. Woźna 18 (fr. Büttelstr.) erschienen am Sonnabend zwei junge Burschen mit der Bestellung einer anderen bekannten Firma auf 80 Pfd. Kaffee. Da dem Geschäftsinhaber die Bestellung verdächtig vorkam, wollte er durch den Fernsprecher Erfundungen eingehen. Nunmehr hielten die beiden Schwedel es für angezeigt, davonzulaufen; sie sind jedoch erkannt worden.

X In Brand geraten, vermutlich durch Kurzschluß ist gestern, Sonntag, abend gegen 11 Uhr der Verkaufsladen am Wilden Tor. Das Feuer war jedoch schon vor dem Eintreffen der Feuerwehr und bevor es größeren Schaden angerichtet hatte, gelöscht worden.

X Durch Selbstauslösung des Feuermelders am Hause Halbendorfstr. 16 wurde die Feuerwehr heut, Montag, früh 1½ Uhr alarmiert.

X Besinnungs- und kraftlos zusammengebrochen war gestern auf der ul. Woźna (fr. Büttelstr.) der obdachlose Ludwik Tuchat; er wurde dem Stadtfrankenhause zugeführt.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einem Hühnerstall in der Grudziące 47 b (fr. Ziegelstr.) 4 Hühner im Werte von 20 zl;

durch Eindringen einer Fensterscheibe in der ul. Szamarzewskiego Nr. 38 (fr. Kaiser Wilhelmstr.) aus einem Kolonialwarengeschäft 20 Pakete Malzkaffee im Werte von 120 zl.

X Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut, Montag, früh + 1,24 Meter, gegen + 1,28 Meter am Sonntag und + 1,30 Meter am Sonnabend früh.

X Vom Wetter. Heute Montag, früh waren bei unbewölktem Himmel 18 Grad Wärme.

Bereine, Veranstaltungen usw.
Mittwoch, den 21. 7.: Gemischter Chor Posen-Wilda. Bierfestabendveranstaltung um 8 Uhr im Vereinslokal Fiedler. Zahlreiches Geschehen erwartet.

* Abelnam, 18. Juli. Beim Kiesabfahren wurde der Arbeiter Matysia in einer Kiesgrube von einer einstürzenden Wand verschüttet. Als man ihn herausgearbeitet hatte, war er bereits tot.

* But, 18. Juli. Ertrunken ist beim Baden der 18-jährige Tischlerlehrling Ludwig Kucz. Erst am nächsten Tage konnte die Leiche geborgen werden.

* Kempen, 17. Juli. Der Landwirt Leo Wiewiasz aus Małomia ließ sein Pferd und Wagen auf dem hiesigen Markt ohne Aufsicht stehen. Das Pferd wurde bei der großen Höhe unruhig und ging durch. Hierbei stieß die Deichsel eine große Schaufelerscheibe ein. Der Schaden beläuft sich auf rd. 1000 zl., die der Landwirt zu tragen hat. — Am Donnerstag abend wurde unsere Feuerwehr alarmiert. Es galt nicht einem wütenden Feuer, sondern einem in der Lehmkaule bei der Biegelei Morel ertrunkenen 18 Jahre alten Konzak aus Mierzyn (fr. Märzdorf). Die Feuerwehr erschien mit Haken an der Unfallstelle, mußte jedoch, weil es keine Rettungsgerätschaften bestand, unverrichteter Sache umkehren.

* Könitz, 17. Juli. Heute nacht wurde in das Gebäude des hiesigen Landgerichts (Sqd. Okregowy) ein schwerer Einbruch verübt. Verbrecher haben vom Gatten aus einer Fensterscheibe im Erdgeschoss eingedrückt, haben dieses geöffnet und sind dann in das Gerichtsgebäude eingedrungen, wo sie sämtliche Türen im Erdgeschoss aufbrachen und die Männer der Staatsanwaltschaft durcheinanderwurfen. Außerdem sind ein Spiegel und beschlagnahmte Kleidungs- und Wäschestücke gestohlen worden.

* Lissa i. B., 18. Juli. Noggen diesjähriger Erntekreis war am Freitag auf dem hiesigen Wochenmarkt schon angefahren. Der Preis stellte sich auf 9 zl für den Bentner.

pd. Mogilno, 18. Juli. Das diesjährige Landesmissionsfest soll am 20. und 21. September in der Kirchengemeinde Mogilno gefeiert werden. Für den ersten Tag ist ein Kindergottesdienst und Gemeindeabend mit einem Lichtbillerortrag geplant, für den zweiten Tag die Hauptversammlung mit dem Hauptortrag "Jahresbericht und Überreichung von Festgaben". Ein Festessen soll sich anschließen. Ein Mittelpunkt der Veranstaltungen steht diesmal das frohe Ereignis der Rückkehr unserer Missionare nach Ostasien. Als Einleitung des Festes sollen am Sonntag, dem 19. September, in allen Kirchengemeinden der Kirchenkreis Mogilno und Nowyrocko Missionsgottesdienst mit auswärtigen Festpredigern gehalten werden. Alle Missionssfreunde nah und fern sind auf dem Fest herzlich willkommen. Freiwillige vermittelten das Pfarramt Mogilno.

pd. Strelno, 18. Juli. In der letzten Sitzung der vereinigten Gemeindekörpern wurden die kirchlichen Rechnungen für das Jahr 1925, die mit nennenswerten Beträgen abschließen, entlastet. Als besonders erfreulich erwähnte der Vorsteher die Tatsache, daß alle steuerpflichtigen Gemeindeglieder bis auf einen einzigen Steuerzahler ihre Kirchenbeiträge für 1925 beglichen haben, und daß Hoffnung darauf besteht, daß dieser letzte seine Verpflichtungen auch in nächster Zeit erfüllt. Seit 1919 brauchten die Evangelisch-lutherischen Behörden nicht mehr bemüht werden. Neuer die bevorstehenden Malerarbeiten in der Kirche, die die Firma H. Arndt-Bromberg im August d. J. vornehmen soll, erzielt auf Grund eines Kostenanschlages der Kirchenälteste, Maurermeister J. Kückel, Bericht. Das erfreuliche Ergebnis der angeregten Besprechung dieses Berichtes läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Versammlung sich einstimmig dafür erklärte, die Kirche zu ihrem Jahrhunderfeier 1927 gut und würdig ausmalen zu lassen und die hierfür erforderlichen Kosten von rund 700 Dollar durch freiwillige Gaben der Gemeindeglieder aufzubringen. Kirchenälteste und Gemeindevertreter erklärten sich bereit, die Sammeltätigkeit nach der Ernte persönlich in die Hand zu nehmen. Pfarrer Wigand konnte noch berichten, daß durch die bisherige stillen und fleißige Sammeltätigkeit über zwei Drittel der erwähnten Summe, nämlich 308 Dollar, bereits vorhanden und zinsbar angelegt worden seien.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau, 16. Juli. In letzter Zeit zeigte sich eine Anzahl von Glotysalfisikaten in Umlauf. Die Täuschung war derartig, daß selbst Experten nur mit Mühe die Fälschungen erkennen konnten. Der Polizei gelang es nun, den Banden zu entfremden. Der Vorsteher der Sammeltätigkeit nach der Ernte persönlich in die Hand zu nehmen. Pfarrer Wigand konnte noch berichten, daß durch die Untersuchung angezeigt. Dabei zeigte es sich, daß mittels eines Autos der Gefangen geflüchtet wurde. Der Chauffeur des Autos wurde verhaftet.

Allseitigste, ältere deutsche Dame übernimmt am Dreieckige Hausarbeit als Vertreterin
d. Hausfrau, evtl. auch Pflege. Ges. Zuschriften mit. J. B. 1530 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

WITWE
eines Gutsbesitzers, 34 J. alt, dtch.-lath., der poln. Sprache in Woz. u. Schrift mächtig, sucht von sofort, evtl. I. 8. Stellung zu selbst. Führung eines Haushalts auf dem Lande, anscheinend als Sekretärin, da anscheinend in Maschinenschriften, Führung d. Gutsvorstandes, usw. Gefäll. Befür. erb. unter J. M. 1525 an die Geschäftsst. d. Bl.

1 elegantes Herren- u. Speisezimmer an nur besseren Herrn in neuer Villa zu vermieten.
Off. u. 1531 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Lehrling,
Sohn achtb. Eltern, für ein Betriebegechäft per 1. August gesucht. Mag Wambet, Rogożno.

Oberinspektor,

unverheiratet, evgl. nicht über 35 Jahre, für Küchen- u. Saatgutwirtschaft, poln. Sprache in Wort u. Schrift beherrschend, nur Herren mit erstl. Beugnissen, gesucht. Gerstenberg, Chrząstowo, p. Nakło. Telephon Nakło 36.

Suche zum 1. Oktober Stellung als

Beamter

auf mittelgr. Gut unt. Chef, bei Familienanschluß. Von deutsch., evgl., poln. Staatsbürger, der poln. Sprache mächtig, 6 Jahre Praxis. Gute Beugnisse und beste Empfehl. stehen z. Seite. Ges. Angeb. unt. 1532 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Für ein in Gründung befindliches groß angelegtes, völlig konkurrenzloses

Kapitalunternehmen

mit erheblichen Gewinnchancen und außerordentlichen Expansionsmöglichkeiten werden in den

Aufsichtsrat

noch einige Persönlichkeiten gesucht, die das Unternehmen durch Schaffung geeigneter Verbindungen (auch zu Behörden) oder durch Aktienübernahme zu fördern bereit sind. — Anfragen werden höflichst erbeten unter M. 3. 3296 an Rudolf Mosse, Poznań, Wroniecka 12.

Tausend geschickte Akquisiteure

in Stadt und Land können Beschäftigung finden bei einem groß angelegten, konkurrenzlosen Werk. — Sie bieten durch uns die Akquisition der Zeit für Feiermann. Keine Ware! Kein Phantom! Ein Kapitalobjekt, das für seine Erfolge bürgt! In anderen Ländern bestbekannt! — Sie erzielen hohe Gewinne bei leichter Tätigkeit und dauernd sich dauerndes Geschäft mit laufender Rente auf. — Kauktion entsprechend der Höhe der anvertrauten Gelder (von 100 złoty aufwärts) muß gestellt werden. Anfragen unter M. K. 3297 an Rudolf Mosse, Posen.

4-5 Ton.-Lastauto

gebraucht, jedoch tabellös erhalten und betriebsfähig, geg. Kasse

zu kaufen gesucht.

R. Koeppe, Czarnków.

Stud. theol. würde von jetzt bis Anf. Sept.

Hauslehrerstelle,

best. für Polnisch, übernehm. Angeb. an Lic. Schneider, Poznań-Wierzbice 45.

Klavier oder Flügel, auch reparaturbedürftig, kaufen

Dybalski, Poznań, Góra Wilda 15.

Gebildeter

Inspektor,

31 J. Danziger, evang., theor. u. prakt. auf dtch. Danz. u. pommersch. Gütern vollkommen durchgeb

Geldmarkt und Börse in Deutschland.

Von Dr. rer. pol. Dr. jur. Gerhard Schäfer (Berlin).

Obwohl die deutsche Börsenlage von ihrer Sicherheit, die sie noch bis vor kurzem hatte, immerhin einiges verloren zu haben scheint, macht sich doch die große Geldflüssigkeit immer wieder in hohem Maße geltend und führt den Märkten ständig Käufer zu. Unter diesen Verhältnissen treten die sonstigen sachlichen Fragen nach einer Bewertung des Kursniveaus, nach der Rentabilität der Aktien usw. vorübergehend in den Hintergrund. Dieses "vorübergehend" kann aber nicht genug betont werden. Auch der größte Geldüberfluß wird eines Tages zwangsläufig seinen Höhepunkt überschritten haben. Vorerst sind allerdings die Pessimisten, die annahmen, daß die große und ständige Neuemission von Anleihen den Geldüberfluß in Deutschland sehr bald abschöpfen werden, im Unrecht geblieben. Der große Erfolg der Zeichnung der Reichsbahn-Vorzugsaktien hat sich am Geldmarkt überhaupt nicht fühlbar gemacht, und auch die Überzeichnung der großen Anleihe des Stahlwerkverbandes wäre sicher völlig spurlos an den Effektenmärkten vorübergegangen, wenn nicht gewisse andere Momente eingetreten wären, die die Börse, wenigstens vorübergehend einmal zum Nachdenken über die Höhe der bisher erzielten Kursavancen veranlaßt hätten. Aber auch die hier festgelegten Gelder scheinen dem Markt zunächst noch keineswegs zu fehlen, denn die Medio-Abwicklung ging wieder einmal glatter vonstatten als je, und zwar im Gegensatz zu allen auch von selbst sehr verständiger Seite geäußerten Bedenken. Hierzu kommt, daß eine Verknappung des Geldmarktes wohl keinesfalls von heute auf morgen erfolgen dürfte; die Börse rechnet vielmehr damit, daß der Beginn einer wirklichen Verknappung sich gegebenenfalls durch zahlreiche Signale im voraus bemerkbar machen wird. Die Tatsache, daß eine öffentliche Stelle, die dem Markt bisher in besonders hohem Maße mit Geld zu Hilfe gekommen war und zweifellos an einer Gesundung der Börsenverhältnisse, einer Belebung des Effektenmarktes und schließlich auch der Höherbewertung der Kurse einen großen Anteil trägt, die Reportgelder verkürzte, ist offenbar als ein solches Signal zunächst noch nicht aufgefaßt worden. Vielleicht hat die Börse hierin auch insofern recht, als tatsächlich letzten Endes wohl Momente, die mit der Kursgestaltung nichts zu tun haben, nämlich die Bedürfnisse des Reiches, bei dieser Maßnahme den Ausschlag gegeben haben dürften. Auf der anderen Seite wäre aber in Betracht zu ziehen, daß ein nicht geringer Teil des Geldüberusses auf die außerordentlich starken Steuereingänge des letzten Jahres zurückgeführt werden kann. Infolge der beträchtlichen Ermäßigungen der Steuern, insbesondere der Umsatzsteuer, werden sich diese Eingänge in der nächsten Zeit weiter stark vermindern, und man wird infolgedessen damit rechnen können, daß dies auch am Geldmarkt nach und nach fühlbar werden wird.

Vorerst aber ist von einer Verknappung des Geldes nicht das geringste zu spüren, und solange der Börse nahezu jeder gewünschte Betrag zur Verfügung steht, wird mit einer nachhaltigen Abschwächung der Tendenz wohl auch nicht gerechnet werden können. Trotzdem darf man bei dem Punkt, an dem die Entwicklung heute angelangt ist, nicht verfehlern, sich darüber klar zu sein, daß immer wieder nur die Flüssigkeit des Geldmarktes den Ausschlag bei der Kursentwicklung der Effekten gibt; und daß mit dem Augenblick, wo hier eine Änderung erfolgen würde, sehr schnell Erwägungen sachlicher Natur Platz greifen müßten. Man würde dann in erster Reihe auf die Rentabilität der Industrieffekten zurückgreifen müssen, und hier läßt sich feststellen, daß im Durchschnitt der Bewertung der Landeszinsfuß kaum erreicht, jedenfalls aber nicht, wie dies im allgemeinen bei einer Anlage in Aktion verlangt worden ist, überschritten wird. Allerdings ist man heute bei jeder Rentabilitätsberechnung auf die Dividende des letzten Jahres angewiesen. Nun wird man jedoch in Betracht ziehen müssen, daß eine gute Reihe von Industrien die Krise überwunden hat und diese Tatsache aller Wahrscheinlichkeit nach auch in der Aktienraten dieses Jahres zum Ausdruck bringen wird. So kann man ohne übertriebenen Optimismus schon heute annehmen, daß die Dividenden Richtigkeit der Montanuntersuchungen in Anbetracht der recht günstigen Konjunktur für Kohle der Vergangenheit angehören wird. Abzuwarten bleibt allerdings, ob und in welchem Maße die Verwaltungen der betreffenden Gesellschaften die erhofften Gewinnergebnisse des laufenden Geschäftsjahrs als eine vorübergehende Konjunkturercheinung, hervorgerufen durch den englischen Bergarbeiterstreik, ansehen werden, oder ob man mehr mit den Beginn einer allgemeinen Gesundung der internationalen Kohlenmärkte rechnen wird. Gerade der Bedeutung dieser Frage wird man vor aussichtlich bei der Dividendenpolitik stark Rechnung tragen müssen. Immerhin wäre zu bedenken, daß bei einem Kursniveau von durchschnittlich etwa 150% für fällende Montanwerte selbst nach dem jetzigen Reichsbankdiskontsatz von 6% eine Dividende von 10%, von der bekanntlich ja noch die Kapitalertragsteuer in Abzug zu bringen wäre, bedungen werden müßte. Es muß immethin fraglich erscheinen, ob die Bergwerksunternehmungen eine solche Dividende, obwohl sie wahrscheinlich verdient sein wird, zur Ausschüttung bringen werden, denn Kohle und Eisen sind nun einmal Konjunkturartikel par excellence, und man wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine gewisse Rücksicht für den Fall walten lassen müssen, daß wir auf dem Kohlen- und Eisenmarkt wieder Verhältnisse ähnlich denen des Jahres 1925 bekommen könnten. Auf der anderen Seite ist es vielleicht nicht unberechtigt, zu betonen, daß bei deutschen Effekten ersten Ranges, wie z. B. eben bei den Standardpapieren des Montanmarktes, nicht der deutsche Reichsbankdiskontsatz, sondern vielmehr die ausländischen Zinssätze als Rentabilitätsmaßstab angelegt werden müssen. Dies würde allerdings auch für die Kursbewertung eine gewisse Verschiebung bedeuten, aber der deutsche Landeszinsfuß ist inzwischen demjenigen der internationalen bedeutend näher gerückt, so daß auch dieses Moment keineswegs mehr die gleiche Rolle spielen kann wie noch vor 8–10 Monaten.

Sachliche Erwägungen dieser Art treten aber vorläufig in Anbetracht des einen maßgebenden Momentes, nämlich der ständig anhaltenden großen Flüssigkeit des Geldmarktes in den Hintergrund. Wenn man sich zeitweise vielleicht auch darüber wundert, daß diese gerade aus dem Geldüberfluß geborene Kauflust für Effekten sich am allerwenigsten dort zeigt, wo tatsächlich vorhandenes flüssiges Geld untergebracht werden kann, nämlich am Kassamarkt, wo zumeist Barzahlung erforderlich ist, sondern vielmehr

gerade an den Terminmärkten, wo am wenigsten flüssiges Geld gebraucht wird, so wäre es trotzdem verfehlt, einstweilen mit allzu starken Rückschlägen zu rechnen. Auch die Tatsache, daß wir auf manchen Gebieten offenbar vor neuen wichtigen Transaktionen, so z. B. wohl vor einer Kapitalerhöhung der Großbanken usw. stehen, fällt hier ins Gewicht. Aber die Basis der heutigen Börsenbewegung liegt bei weitem nicht mehr in gleicher Maße, wie dies vor einigen Monaten der Fall war, auf rein wirtschaftlichem Gebiet, nämlich einer allzu großen Unterbewertung der Aktien im Verhältnis zu Substanz und Rentabilität. Ausschlaggebend ist heute in weitaus erster Linie die Flüssigkeit des Geldmarktes, und bei einer Veränderung der Verhältnisse auf diesem Gebiet könnte sich auch das Bild der Effektenmärkte schnell wandeln.

Dillon Read löst seine polnischen Interessen. Der Deutsche Handelsdienst meldet: Die amerikanische Bankfirma Dillon Read wird ihre Geschäfte in Polen in der nächsten Zeit verkleinern. Die polnische Anleihe, die durch diese Firma im Februar ausgegeben wurde, hat in Washington große Enttäuschung hervorgerufen, da polnischerseits nicht alle Verpflichtungen innegehalten wurden. In letzter Zeit ist auch bekannt geworden, daß Polen eine Beteiligung der Firma Dillon Read an der Konzession der Harrimangessellschaft in Sachen Giesches Erben abgelehnt hat. Das Bankhaus Dillon Read, das anfangs großes Interesse für die polnische Textilindustrie zeigte, hat jetzt jede geschäftliche Beziehung zur polnischen Textilindustrie abgelehnt. Man nimmt an, daß schon in nächster Zeit die Tätigkeit Dillon Reads in Polen bis zur Klärung der politischen Lage beendet wird.

Die Valutaschwankungen der letzten Woche haben eine neue Unsicherheit in die Handels- und Industriekreise gebracht. Der rasche Rückgang des Dollarkurses hat den polnischen Export ernst bedroht und die Bank Polski hat sich gezwungen geschen, den weiteren Rückgang des Dollars zu verhindern. Der Dollarkurs, welcher schon auf 8.60–8.70 heruntergegangen war, ist wieder auf 9.25 bis 9.30 heraufgegangen und hat der schwarzen Börse eine neue Spekulationsmöglichkeit gegeben. Das Problem der Stabilisierung des Złoty, welches, wie es schien, fast gelöst war, ist wieder illusorisch geworden. In den polnischen Regierungs- und Finanzkreisen rechnet man ernst mit dem bevorstehenden Abbau der Beschränkungen im Valutahandel. Man erwartet schon in den nächsten Tagen eine entsprechende Verordnung des Finanzministeriums.

Märkte.

Gefreide. Warschau, 17. Juli. Für 100 kg wurde gezahlt: Roggen 23, Weizen 36, Hafer 31–30.50–31.50, Braugerste 25–26, Roggenkleie 20 zl.

Krakau, 17. Juli. Für 100 kg loco: Domänenweizen 41 bis 42, Rotweizen 38–39, Handelsweizen 36–37, Domänenroggen 27–28, Handelsroggen 25–26, Domänenhafer 39–40, Handelshafer 25–26, Graupengerste 30–31, Futtergerste 29–30, inländ. Mais 27–28, 50proz. Krakauer Weizenmehl 76–77, 60proz. 64 bis 66, Grießmehl 80–81, „0000“ Kongr.-Weizenmehl 71–73, Grießmehl 73–74, 65proz. Brotmehl 62–63, Krakauer 60proz. Roggenmehl 46–47, 65proz. Posener 48–49, Roggenkleie 19–20, Weizenkleie 19–20, Futtererbsen 55–60, weiße Zuckerbohnen 80–85, weiße Rundbohnen 55–65, Langbohnen 45–48, Kurzbohnen 39–41, lange Schminkbohnen 40–45, Perlbohnen 40–45, Pelluschen 54–56, Wicken 50–52, gelbe Lupinen 44–46, Saatlupinen 40 bis 42, blaue 30–31, Leinkuchen 47.50–48.50, Winteraps 68–70, inländische Winterleinsaat 70–75, blauer Mohn 240–250, grauer 220–230, inländischer Kümmel 100–110.

Hamburg, 17. Juli. Für 100 kg cif in lfl. Weizen bei fester Tendenz: Manitoba I 17.10, II 16.60, III 16.35, Rosafe 73 kg 15.50, Barusso 76.50 kg 15.80, Hardwinter Nr. II 15.10, Gerste und Roggen Tendenz fest.

Berlin, 19. Juli. Getreide- und Olsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. —, pomm. —, Juli 305–306, September 269–270 1/2, Oktober 270.00–271.00. Roggen: märk. alt u. neu 185–190, Juli 204.00, Sept. 201–202.5, Okt. 203–204 1/2. Gerste: Sommergerste 195–208, Futter- u. Wintergerste —, neue 149–159, Hafer: märk. 197–206, Juli —, Sept. —, Okt. —, Mais: loko Berlin 177–178, Waggon frei Hamburg —, Weizenmehl: fr. Berlin 38.00–40.00, Roggenmehl: fr. Berlin 27.00–28.50, Weizenkleie: fr. Berlin 10.50, Roggenkleie: fr. Berlin 11.30–11.50, Raps: 360.00, Leinsaat: —, Viktoriaerbse: 33.00–39.00, Kleine Speiserbsen: 28.00–32.00, Futtererbsen: 21.00–26.00, Peluschen: 26.00–28 1/2, Ackerbohnen: 23–26.00, Wicken: 32.00–34.50, Lupinen: blau 14 1/2–16 1/2, Lupinen: gelb 19.00–21, Seradella: neue —, Rapskuchen: 14.60–14.80, Leinkuchen: 19.50–19.80, Trockenschnitzel: 10.70–11, Sojaschrot: 20.50 bis 20.80, Toftmelasse: —, Kartoffelflocken: 21.00–22.00. — Tendenz für Weizen: fester, Roggen: fester, Gerste: matter, Hafer: stetig, Mais: still.

Chicago, 16. Juli. Cents für 1 bushel (Weizen 27.22 kg, Roggen 25.40 kg, Gerste 21.77 kg, Hafer 14.51 kg). Weizen: Redwinter Nr. II loco 15 1/4, für Juli 145–145 1/2, September 145 bis 145 1/2, Dezember 148 1/2–148 1/4, Roggen für Juli 104, September 106.75–107.50, Dezember 111.50, Mais: gelber Nr. II loco 81.75, weißer Nr. II loco 81.75, gemischter Nr. II loco 80.75, für Juli 76 1/2, September 82–82 1/2, Dezember 84.25–84.75, Hafer: weißer Nr. II loco 42, für Juli 39–39 1/2, September 41 1/2–41 1/4, Dezember 44 1/2, Gerste Malting loco 65–75. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Metalle. Warschau, 17. Juli. Rohguß Staporkow Nr. 0 210 zl, Nr. I 200, Nr. II 190, Nr. III 180, Rohguß Tschenstochowo franko Verladestation: Nr. 0 200 zl, Nr. I 190 zl, Nr. II 185, Nr. III 180, Rohguß Witkowick Nr. I 240 zl, inländ. Handbleiseisen 325 zl, Bandeisen heiß gewalzt 390 zl pro Tonne, Grundblech-Preise für 100 kg franko Empfangsstation: Verzinktes Blech 711 × 1422 mal 0.5 mm 129 zl, 0.55 mm 124 zl, 1000 × 2000 × 0.5 mm 136 zl, 0.55 mm 130 zl.

Berlin, 17. Juli. Für 1 kg in deutscher Mark. Elektrolytkupfer sofortige Lieferung cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 134.25, Raff.-Kupfer 99–99.3% 1.23–1.235, Silber mind. 900 fein 89.25–90.25, Gold im fr. Verkehr 2.70–2.82, Platin im fr. Verkehr 13.5–14 für 1 Gramm.

Aus dem Gerichtsaal.

* Posen, 18. Juli. Die Strafkammer verurteilte unter Ausschluß der Öffentlichkeit den jungen Burschen Lutomiński zu 1 Jahr Gefängnis, weil er sich unsittlich vergangen hatte. — Die 3. Strafkammer verurteilte, wie der „Pozner“ berichtet, den 40jährigen Kaufmann Karol Hirsch zu 1 1/2 Jahren Bußhaus, weil er sich im Dezember 1924 und im April 1925 mit Gewalt an einem 13jährigen Mädchen schwer vergangen hatte.

Eingesandt.

Für diesen Teil übernimmt die Schriftleitung nur die preisgeehrtete Verantwortung.

Zum Schutz der Tiere gegen Duöreien bestehen Tierbeschützervereine. Es wäre an der Zeit, auch einen Dienstleistungsbund zu gründen. Oder ist es keine Dual, wenn man eine ganze Nacht nicht schlafen kann, nur weil in einem Nachbarhaus bis 6 Uhr früh Namenstag „gefeiert“ wird durch Gröhlen, Singen, Musizieren usw., natürlich bei offenen Fenstern. Mit näheren Informationen können die Bewohner der Kopernikusstraße dienen.

DINOL flüssiges Mittel gegen Schweiße. Das letzte Wort der kosmet. Chemie.

Wettervorhersage für Dienstag, 20. Juli.

— Berlin, 19. Juli. Steigend bewölkt und vielfach Ge-witterneigung, dann Abfärbung.

Spielplan des „Teatr Wielli“.

Montag, den 19. 7.: „Piccadilly“. Dienstag, den 20. 7.: „Teresina“. Mittwoch, den 21. 7.: „Die Jüdin“. Donnerstag, den 22. 7.: „Teresina“. Freitag, den 23. 7.: „Die Puppe“. (Ermäßigte Preise.) Sonnabend, den 24. 7.: „Cavalleria Rusticana“ u. „Bajazzo“. Sonntag, den 25. 7.: „Teresina“. Montag, den 26. 7.: „Aida“.

Radiosalender.

Rundfunkprogramm für Dienstag, 20. Juli.

Warschau, 480 Meter. 8.30 Uhr Orchesterkonzert der Philharmonie in Warschau.

Berlin, 504 Meter. 5 Uhr Alte Meister. 8.30 Uhr R. J. Sorge-

Ahnd. 9 Uhr Von Offenbach bis Lohar.

Breslau, 418 Meter. 4.30 Uhr Nachmittagskonzert. 8.25 Uhr „Das hohe Lied der Arbeit“. Paul Karras.

Posener Börse.

	19. 7.	17. 7.	19. 7.	17. 7.
4 Pos. Pfdr. alt...	34.00	—	Cegielski I.-IX.	8.50 6.00
6 listy zboż. ex Kup.	7.50	7.30	Centr. Rolnik. I.-VII.	0.40
	7.60	7.40	Doblenko I.-V.	0.30
8 dolar. listy ex Kup.	5.25	5.35	C. Hartwig I.-V.	10.00
	—	5.25	Dr. R. May I.-V.	25.00
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4.20	4.00	Plotsno I.-III.	0.08
	4.50	—	Unja I.-III.	4.00 3.80
Arkona I.-V.	—	1.20	Barcikowski I.-VII.	4.25
Barcikowski I.-VII.	—	1.25	Wisla, Bydg. I.-III.	4.25
Brow. Krotoš. I.-V.	10.00	—	Wytw. Chem. I.-VI.	0.50 0.50
Brzeski-Auto I.-III.	2.50	—	Tendenz: fester.	

Warschauer Börse.

Devisen(Mittelk.)	19. 7.	17. 7.	19. 7.	17. 7.
Amsterdam	370.60	370.55	Paris	20.00 22.00
Berlin*	219.84	219.84	Prag	27.30
London	44.855	44.85	Wien	130.39
Neuyork . .				